

Oberösterreichischer



Landesrechnungshof

Initiativprüfung

Rechnungsabschluss 2007

des Landes OÖ

Bericht

Auskünfte

Oberösterreichischer Landesrechnungshof

A-4020 Linz, Promenade 31

Telefon: #43(0)732/7720-11426

Fax: #43(0)732/7720-214089

E-mail: post@lrh-ooe.at

Impressum

Herausgeber: Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4020 Linz, Promenade 31

Redaktion und Grafik: Oberösterreichischer Landesrechnungshof
Herausgegeben: Linz, im Juni 2008

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| Kurzfassung | 1 |
| Rechnungsabschluss 2007 | 5 |
| Kassenabschluss | 5 |
| Haushaltsrechnung | 6 |
| Haushaltsergebnisse | 6 |
| Soll-Ergebnis | 6 |
| Ist-Ergebnis | 6 |
| Maastricht-Ergebnis | 7 |
| Darlehensdarstellung zur Ergebnisverbesserung | 7 |
| Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsrechnung | 8 |
| Finanzpolitische Ziele und Zielerreichung | 8 |
| Vollzug des Voranschlages | 9 |
| Voranschlag und Nachtragsvoranschlag | 9 |
| Abweichungsanalyse | 10 |
| Mindereinnahmen - Flüchtlingshilfe | 11 |
| Einnahmen- und Ausgaben-Rückstände | 11 |
| Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung | 12 |
| Laufende Gebarung – öffentliches Sparen | 14 |
| Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen) | 17 |
| Finanztransaktionen | 18 |
| Nachweise zur Haushalts- und Finanzsituation | 19 |
| Personal | 19 |
| Pensionen | 22 |
| Rücklagen | 22 |
| Rücklagenstand | 22 |
| Haushaltsrücklage | 24 |
| Rücklage zur Übertragung von Ausgabekrediten | 24 |
| Schulden | 25 |
| Finanzschulden | 25 |
| Noch nicht fällige Verwaltungsschulden | 26 |
| Darlehen und noch nicht fällige Verwaltungsforderungen | 27 |

| | |
|--|-----------|
| Einlösung von Wohnbaudarlehen durch die Landesholding | 28 |
| Verwahrgelder und Vorschüsse | 29 |
| Wertpapiere | 29 |
| Haftungen | 29 |
| Beteiligungen | 30 |
| Energie AG Oberösterreich | 30 |
| OÖ Landesholding GmbH und indirekte Beteiligungen des Landes | 30 |
| OÖ Gesundheits- und Spitals-AG | 31 |
| Landesbeitrag zur Abgangsdeckung | 31 |
| Fremdkapitalaufnahmen | 32 |
| Umsetzung von Empfehlungen aus der Prüfung des RA 2006 | 33 |
| Finanzierungsdarstellung gespag | 33 |
| Darstellung des Landesvermögens | 33 |
| Weiterführung des Projektes „Flexibilisierungsklausel und Globalbudget“ | 33 |
| Definition des Vermögensbegriffes | 34 |

Abkürzungsverzeichnis / Glossar

| Begriff | Erklärung |
|--|---|
| A | |
| ASFINAG | Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG |
| Ausgliederung | Auslagerung von Aufgaben (Tätigkeiten) der öffentlichen Hand auf Rechtsträger des Privatrechts (GmbH oder AG), wobei der ausgegliederte Rechtsträger im Eigentum der ausgliedernden Körperschaft steht oder zumindest von dieser beherrscht wird |
| B | |
| Barwert | Auf einen bestimmten Stichtag durch Abzinsung der künftigen Zahlungen ermittelter Wert |
| BFS | Berufs- und Fachschulen |
| BH, BHen | Bezirkshauptmannschaft(en) |
| BIP | Bruttoinlandsprodukt, ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft |
| E | |
| Endfälliges Fremdkapital | Das Fremdkapital (Anleihen oder Darlehen) wird am Ende der Laufzeit in einer Summe zurückgezahlt bzw. getilgt. Während der Laufzeit werden nur die Zinsen gezahlt. |
| Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben | Abgaben, die gemäß Finanzausgleichsgesetz zwischen Bund und Ländern (Gemeinden) geteilt werden. |
| ESVG 95 | Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung aus 1995 |
| EU | Europäische Union |
| Eurostat | Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften |
| F | |
| FAG | Finanzausgleichsgesetz |
| Finanzschulden | Im Wesentlichen Geldverbindlichkeiten, die zur Verschaffung von Deckungsmitteln für den eigenen Haushalt aufgenommen werden oder außergewöhnliche Finanzierungserleichterungen, bei denen die Zahlung um mehr als zehn Jahre hinausgeschoben wird |

| | |
|---------------------------|---|
| FUAK | Fleischuntersuchungs-Ausgleichskasse |
| G | |
| gespag | Oö. Gesundheits- und Spitals-AG |
| Ggr. | Gebarungsgruppe |
| GWCL | GWCL Wohnungsgesellschaft mbH |
| H | |
| Haushalt | Ausgaben und Einnahmen, die Gegenstand der Veranschlagung sind (voranschlagswirksame Gebarung) – Im Gegensatz zur durchlaufenden bzw. voranschlagsunwirksamen Gebarung. |
| HLW | Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe |
| HO | Haushaltsordnung des Landes OÖ gemäß Beschluss der Oö. Landesregierung vom 18.5.1998 idgF |
| HTBLA | Höhere technische Bundeslehranstalt |
| I | |
| Innere Anleihe | Budgetvorgriff |
| Ist-Ergebnis | Differenzwert zwischen kassenwirksamen Einnahmen und kassenwirksamen Ausgaben |
| K | |
| Kapitaltransfer(-zahlung) | Zahlungen für Investitionszwecke von/an Gebietskörperschaften oder andere Dritte |
| Kassenabschluss | Bestandteil des Rechnungsabschlusses, der die Kassengebarungen darstellt |
| KZ | Kennziffer |
| L | |
| Laho | OÖ Landesholding GmbH |
| LDZ | Landesdienstleistungszentrum (beim Linzer Hauptbahnhof) |
| LIG | Landes-Immobilien GmbH |
| LMSW | Oö. Landesmusikschulwerk |
| LRH | Oö. Landesrechnungshof |

| | |
|--|--|
| M | |
| Maastricht-Ergebnis | Zielgröße für die Verpflichtungen gemäß Europäischem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Diese volkswirtschaftliche Größe wird auf gesamtstaatlicher Ebene errechnet. Das Land OÖ hat dazu in der Haushaltsführung nur einen Beitrag zum Maastricht-Ergebnis (Stabilitätsbeitrag) zu erwirtschaften, der mit wenigen Abweichungen dem Finanzierungssaldo im Rechnungsquerschnitt entspricht. |
| MTG | Musiktheater Linz GmbH |
| N | |
| Nfg. | Nachfolger |
| Noch nicht fällige Verwaltungsschulden | Verbindlichkeiten des Landes, deren Rechtsgültigkeit und Höhe zwar feststeht, deren Fälligkeit am Ende des Finanzjahres aber noch nicht eingetreten ist |
| NVA | Nachtragsvoranschlag, -voranschläge |
| O | |
| Öffentliche Sparquote | Überschuss bzw. Ergebnis aus der Gegenüberstellung der laufenden Einnahmen und Ausgaben im Verhältnis zu den laufenden Ausgaben des Rechnungsquerschnittes |
| Oö. KAG | Oö. Krankenanstaltengesetz 1997, LGBl. Nr. 132/1997 idgF |
| Oö. LRHG | Oö. Landesrechnungshofgesetz, LGBl. Nr. 38/1999 idgF |
| Österreichischer Stabilitätspakt | Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zur Verstärkung der Stabilitätsorientierung ihrer Haushaltsführung |
| Q | |
| Querschnittsrechnung | Übersicht aller Einnahmen und Ausgaben im Rechnungsquerschnitt |

| | |
|-----------------------|---|
| R | |
| RA | Rechnungsabschluss |
| Rechnungsabgrenzungen | Auszahlungen, die zur zeitgerechten Vollziehung noch in dem der voranschlagswirksamen Fälligkeit vorangehenden Verwaltungsjahr flüssiggemacht werden, und Einzahlungen, die bereits das folgende Verwaltungsjahr betreffen. |
| RL | Rücklage(n) – Beträge, die in einem Haushaltsjahr nicht ausgegeben werden und daher für das folgende Jahr zur Verfügung stehen (Haushalts- und Finanzreserven) |
| RQ | Rechnungsquerschnitt – ökonomische Gliederung aller Einnahmen und Ausgaben in 2 Bereiche (laufende Gebarung und Vermögensgebarung) |
| S | |
| SAP R/3 | Rechnungswesen-Software des Landes OÖ |
| Soll-Ergebnis | Einnahmen minus Ausgaben (laufendes Soll); das „laufende Soll“ entspricht der Anordnung bzw. dem Erfolg. |
| T | |
| Transferzahlungen | Einnahmen und Ausgaben für Leistungen der öffentlichen Hand, aber auch von Unternehmen und Haushalten ohne unmittelbare Gegenleistung |
| TIG | OÖ Thermen-Immobilien GmbH |
| U | |
| UA | Unterabschnitt |
| Ü-Mittel | Nicht verbrauchte Ausgabekredite, die in das Folgejahr übertragen werden (Übertragungsmittel) |
| V | |
| VA | Voranschlag; er ist Auftrag und Ermächtigung des Landtags, die Wirtschaft des Landes zu führen. |
| VBÄ | Vollbeschäftigtenäquivalent(e) |
| Verwahrgelder | Nicht haushaltswirksame Einnahmen mit Rückzahlungs- bzw. Weiterleitungsverpflichtung |
| VGR-Konten | Konten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung |

| | |
|------------|--|
| Vorschüsse | Nicht haushaltswirksame Ausgaben mit Rückforderungsanspruch |
| VRV | Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung, BGBl. Nr. 787/1996 idgF; mit dieser Verordnung werden die Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, der Gemeinden und von Gemeindeverbänden geregelt. |
| VSt. | Voranschlagsstelle |
| W | |
| WBF | Wohnbauförderung |

Der Landesrechnungshof (LRH) hat in der Zeit vom 28.1.2008 bis 2.5.2008 eine Initiativprüfung im Sinne des § 4 Abs. 1 Z. 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Z. 1 des Oö. LRHG, LGBl. Nr. 38/99 idgF, durchgeführt.

Gegenstand der Prüfung war der Rechnungsabschluss (RA) des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2007 und der Stand der Umsetzung von Anregungen und Empfehlungen aus der vorjährigen RA-Prüfung.

Die Prüfung des RA erstreckte sich primär auf die Feststellung des Kassenbestandes, die Vollständigkeit und Richtigkeit der Haushaltsrechnung und der Nachweise sowie auf ausgewählte Schwerpunktthemen. Solche Schwerpunktthemen waren:

- die Analyse der Haushalts- und Finanzsituation des Landes OÖ,
- der Stand der Umsetzung der vom Finanzausschuss am 21.6.2007 im Zuge der vorjährigen RA-Prüfung beschlossenen Empfehlungen und
- die Darstellung der Zahlungen des Landes für die Betriebsabgangsdeckung in den Jahresabschlüssen der gespag.

Das Prüfungsteam setzte sich aus Martin Mühlbacher MBA als Prüfungsleiter, Pauline Gmeiner, Daniela Grillberger, Mag. Thomas Hammer und Mag. Liselotte Wallentin zusammen.

Das vorläufige Ergebnis der Prüfung wurde den Vertretern der Direktion Finanzen und dem Landesfinanzreferenten in den Schlussbesprechungen am 2.6.2008 und 5.6.2008 zur Kenntnis gebracht.

Nachstehend werden in der Regel punktweise die Sachverhaltsdarstellung (Kennzeichnung mit 1 an der zweiten Stelle der Absatzbezeichnung), deren Beurteilung durch den LRH (Kennzeichnung mit 2), *die Stellungnahme der überprüften Stelle (Kennzeichnung mit 3 und im Kursivdruck)* sowie die allfällige Gegenäußerung des LRH (Kennzeichnung mit 4) aneinandergereiht.

In Tabellen und Anlagen des Berichtes können bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben durch die EDV-gestützte Verarbeitung der Daten rundenbedingte Rechendifferenzen auftreten. Soweit nichts anderes bestimmt ist, handelt es sich bei Zahlenangaben in Tabellen um Beträge in Euro. Zahlenangaben im Bericht wurden im Regelfall kaufmännisch gerundet.

KURZFASSUNG

- (1) Der Landesrechnungshof (LRH) prüfte den Rechnungsabschluss 2007 (RA) des Landes OÖ. Er analysierte dabei die Haushalts- und Finanzsituation des Landes und beurteilte den Stand der Umsetzung seiner Empfehlungen aus der vorjährigen RA-Prüfung. Weiters setzte er sich mit der Darstellung der Betriebsabgangsdeckung im Jahresabschluss der Oö. Gesundheits- und Spitals-AG (gespag) auseinander.
- (2) **Der LRH stellte fest, dass der RA 2007 ordnungsgemäß aus der Buchhaltung abgeleitet und sorgfältig erstellt wurde.** Die Überprüfung von Gebarungen und Nachweisen ergab, dass die voranschlagswirksam zu verrechnenden Einnahmen und Ausgaben in die Haushaltsrechnung aufgenommen wurden. Die Nachweise stimmten mit den Grundlagen der Buchhaltung überein. Der Kassenabschluss war korrekt.
- (3) **Die finanzpolitischen Vorgaben des Oö. Landtags zum Voranschlag 2007 (VA) wurden grundsätzlich beachtet.** Die Vorgabe „keine Finanzschulden“ hielt das Land im eigenen Haushalt ein. Derartige Fremdmittelaufnahmen gab es allerdings bei Beteiligungsunternehmen, die vom Land OÖ finanziert werden. Das finanzpolitische Ziel „Erreichen eines Maastricht-Überschusses“ realisierte das Land durch eine Verrechnungsdarstellung, die im Sinne des Österreichischen Stabilitätspakts unwirksam war.
- (4) Im RA 2007 ist ein „Maastricht-Überschuss“ von 199 Mio. Euro ausgewiesen, der zwar der VRV, nicht aber den Berechnungsmodalitäten des Österreichischen Stabilitätspakts entspricht. Dieser Saldo ist jedenfalls um die Darlehensfinanzierung des Betriebsabganges der gespag zu vermindern, sodass sich ein **negativer Stabilitätsbeitrag von mindestens 2,9 Mio. Euro** ergibt. Damit verfehlte das Land den im Stabilitätspakt vereinbarten Zielwert von plus 341,8 Mio. Euro deutlich.
- (5) Die erfolgswirksamen Einnahmen und Ausgaben in der Haushaltsrechnung 2007 betragen jeweils 4.752,6 Mio. Euro. So wie in den Vorjahren wurde der Landeshaushalt durch einmalige Einnahmen ausgeglichen. Dieser **Finanzbedarf zum Haushaltsausgleich lag 2007 bei 221 Mio. Euro**, den das Land aus einer Rücklagenentnahme (65,3 Mio. Euro) und anteiligen Einnahmen aus der Übertragung von Wohnbaudarlehen an die OÖ Landesholding GmbH (155,7 Mio. Euro) deckte. Der Einnahmenüberhang von 155,7 Mio. Euro resultierte aus dem Barwert (510,4 Mio. Euro) der eingelösten Wohnbaudarlehen abzüglich der Ausgaben für den Rückkauf der Energie AG Anteile (354,7 Mio. Euro). Der Finanzbedarf zum Ausgleich der Haushaltsrechnung 2007 war niedriger als im RA 2006 und im VA 2007. Dennoch beurteilte der LRH diesen **Mittelverbrauch als zu hoch, weil bei der vorherrschend guten Einnahmensituation Investitionen über Beteiligungsunternehmen oder andere Rechtsträger realisiert und zunehmend fremd finanziert wurden.**
- (6) Die Haushalts- und Finanzreserven des Landes waren in den letzten Jahren rückläufig. 2007 wurde der Trend des massiven Abbaues der Haushaltsrücklage allerdings verlangsamt und 2008 kann die Haushaltsrücklage durch den eingeleiteten Verkauf von Anteilen der Energie AG wieder aufgestockt werden. Bis Ende 2007 verminderte sich die Haushaltsrücklage auf 160,4 Mio. Euro. **Aufgrund des Rücklagenverbrauchs und der in Zukunft eingeschränkten Möglichkeiten, weiteres Vermögen zu veräußern, wird nach Ansicht des LRH das Land zumindest mittelfristig sein Ausgabenniveau wieder mehr**

an den laufenden Einnahmen ausrichten müssen, wie dies auch in der mittelfristigen Finanzplanung (VA 2008 mit Budgetvorschau bis 2010) vorgesehen ist und vom Finanzreferenten angekündigt wurde.

- (7) Seit etwa zwei Jahren milderten konjunkturell bedingte Einnahmenezuwächse das Finanzproblem langjährig stagnierender Einnahmen und steigender Ausgaben. Im Jahresvergleich 2006/07 stiegen allein die Haupteinnahmen des Landes (Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben und Transfereinnahmen von öffentlichen Rechtsträgern) um 189,1 Mio. Euro auf 3.453,4 Mio. Euro an. Diesen Mehreinnahmen standen in der laufenden Gebarung deutlich niedrigere Mehrausgaben insbesondere bei Personal (+27 Mio. Euro), Verwaltungs- und Betriebsaufwand (+26,5 Mio. Euro), Zinsen (+13,2 Mio. Euro) und laufenden Transferzahlungen (+68 Mio. Euro) gegenüber. Dadurch verbesserte sich der Saldo aus der laufenden Gebarung auf 390,9 Mio. Euro, das war jene freie Finanzspitze, die dem Land für Investitionsförderungen, Investitionen im Kernhaushalt und andere vermögensrelevante Transaktionen zur Verfügung stand. Die daraus ableitbare öffentliche Sparquote betrug 11,3 %. Dieses Maß für den finanziellen Spielraum des Landes ist im Zeitraum 2002 bis 2005 von 21 % auf knapp 10 % gefallen und bis 2007 wieder auf 11,3 % gestiegen. **Aus der Sicht des LRH ist es wichtig, den Spielraum aus der laufenden Gebarung weiter zu erhöhen. Zur Konsolidierung des Haushaltes empfahl der LRH, bei der Ausgabendynamik für Soziales und Gesundheit, aber auch beim Ausschöpfen eigener Einnahmemöglichkeiten anzusetzen. Auch bei Förderungen und neuen Investitionen wird der Bedarf kritisch zu prüfen sein.**
- (8) Im Budgetvollzug war das Land OÖ konsequent und um einen wirtschaftlichen Mittlereinsatz insbesondere für Personal in der Verwaltung bemüht. Auffallend war, dass 2007 aufgrund der konjunkturell guten Einnahmensituation höhere Mittel in einem Nachtragsbudget großteils für Investitionen bereit gestellt wurden, als in den beiden Jahren zuvor. Der LRH meinte, dass in Zukunft das Land **etwaige Mehreinnahmen gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag dazu nutzen sollte, den jährlichen Finanzbedarf zum Haushaltsausgleich weiter zu vermindern.**
- (9) Aufgrund von Vermögensverkäufen war es dem Land OÖ bereits vor Jahren möglich, sämtliche Finanzschulden zu begleichen und seither keine neuen Darlehen mehr aufzunehmen. **Allerdings verlagerte das Land bei der Finanzierung von Investitionen Fremdmittelaufnahmen verstärkt auf Beteiligungsunternehmen oder andere Rechtsträger.** Diese „ausgelagerten“ Investitionsfinanzierungen betrafen insbesondere Darlehen der Ordenskrankenhäuser (229 Mio. Euro), Fremdmittelaufnahmen von gespag, Landes-Immobilien GmbH, OÖ Thermen-Immobilien-GmbH und Musiktheater Linz GmbH (zusammen 211,1 Mio. Euro), Vorfinanzierungen im Straßenbau (112,5 Mio. Euro) und Mietverpflichtungen für das LDZ (114,6 Mio. Euro). **Die Summe dieser finanziellen Verbindlichkeiten von 667,2 Mio. Euro stieg im Jahresvergleich 2006/07 um 179,6 Mio. Euro.** Haushaltsrechtlich sind diese Verpflichtungen im RA des Landes keine Finanzschulden, sondern Teil der noch nicht fälligen Verwaltungsschulden. Nach Ansicht des LRH handelt es sich bei den genannten Verbindlichkeiten um „ausgelagerte Verpflichtungen“, **die großteils erst in Zukunft das Land finanziell belasten werden.**
- (10) Die Verwaltungsschulden umfassen rechtsverbindliche Verpflichtungen des Landes, die zum Ende des laufenden Jahres noch nicht fällig waren. Diese mehrjährigen Verpflichtungen sind grundsätzlich vom Oö. Landtag zu beschließen. Sie sind von ihrem wirt-

schaftlichen Gehalt und ihrer Fälligkeit sehr unterschiedlich. Teilweise korrespondieren sie mit Forderungen in gleicher Höhe. Noch nicht fällige Verwaltungsschulden führen daher nicht zwangsläufig zu einer Budgetausweitung in den kommenden Jahren. Zum Ende des Finanzjahres 2007 beliefen sich die noch nicht fälligen Verwaltungsschulden auf 2.972 Mio. Euro. Diesen standen gegebene Darlehen und noch nicht fällige Verwaltungsforderungen von 1.789 Mio. Euro gegenüber. **Damit waren die Verwaltungsschulden um 1.183 Mio. Euro höher als die Verwaltungsforderungen, was primär auf den Abgang der Wohnbaudarlehen zurückzuführen war.**

- (11) Im Jahr **2007 übernahm die Landesholding Forderungen aus Wohnbaudarlehen** mit einem Nominalwert von 888,5 Mio. Euro. Den dafür an das Land bezahlten Barwert von 510,4 Mio. Euro finanzierte die Gesellschaft mittels Bankdarlehen, das sie aus den Rückflüssen der Wohnbaudarlehen tilgen wird. Durch dieses Geschäft werden künftig Einnahmen im Landeshaushalt aus diesen Darlehensrückzahlungen wegfallen. **Als Alternative zum gewählten Vermögensverkauf hätte das Land Fremdmittel aufnehmen müssen**, was in der Zukunft zu Zinszahlungen und zusätzlicher Haushaltsbelastung geführt hätte.
- (12) In den Jahresabschlüssen der gespag war für den LRH die Darstellung der Landesmittel für den Betriebsabgang und den Trägerselbstbehalt nachvollziehbar. Er regte jedoch an, die im Rahmen der Abgangsdeckung gewährten Finanzierungsbeiträge für Ersatzinvestitionen künftig separat auszuweisen. Weiters stellte der LRH fest, dass die gespag zur Finanzierung von Investitionen auch **endfälliges Fremdkapital** aufnahm. Diese Finanzierungsform sollte nach Ansicht des LRH **nur in begründeten Ausnahmefällen** gewählt werden.
- (13) Die Empfehlungen aus der vorjährigen Prüfung des RA wurden entsprechend dem beschlussmäßigen Auftrag des Finanzausschusses umgesetzt oder waren in Umsetzung. Der Stand der Umsetzung ist unter den Punkten 40 bis 43 des Berichtes zusammengefasst.
- (14) Aus der Prüfung des RA 2007 regte der LRH zusammenfassend Folgendes an:

I. Finanzbedarf zum Haushaltsausgleich weiter reduzieren und Haushaltsstruktur verbessern:

1. Etwaige Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag verstärkt zur Reduzierung des jährlichen Finanzbedarfs zum Haushaltsausgleich nutzen und weniger Nachtragsmittel bereit stellen. (siehe Pkte. 3.2. und 9.2. ; Umsetzung ab sofort)
2. Ausgabendynamik im Sozial- und Gesundheitsbereich einbremsen. (siehe Pkt. 14.2.; Umsetzung ab sofort)
3. Förderausgaben tendenziell reduzieren und bei größeren Förderbeträgen den Bedarf konsequent und nachvollziehbar auf Bewirtschafterebene prüfen. (siehe Pkte. 14.2., 15.2. und 23.2.; Umsetzung ab sofort)
4. Aufgrund der guten konjunkturellen Lage neue Investitionen im Landeshaushalt und in den Beteiligungsunternehmen möglichst zeitverzögert realisieren. (siehe Pkt. 15.2.; Umsetzung ab sofort)

- II. Endfällige Fremdmittel nur in begründeten Ausnahmefällen aufnehmen und in dieser Hinsicht auf die vom Land zu finanzierenden Beteiligungsunternehmen im Rahmen der Möglichkeiten einwirken.** (siehe Pkt. 39.2.; Umsetzung ab sofort)

- III. Bewirtschaftermeldungen für noch nicht fällige Verwaltungsschulden weiter standardisieren.** (siehe Pkt. 26.2.; Umsetzung ab sofort)

Rechnungsabschluss 2007

Der RA des Landes OÖ für das Verwaltungsjahr 2007 besteht entsprechend der HO und der VRV aus dem Kassenabschluss, der Haushaltsrechnung und den vorgeschriebenen Nachweisen. Die Rechnungsabschlussdaten werden automationsunterstützt aus der mittels SAP R/3 geführten Landesbuchhaltung abgeleitet.

Der RA umfasst drei Bände und Erläuterungen über Abweichungen gegenüber dem VA einschließlich NVA. Der RA samt Begründungen für die Abweichungen steht der Öffentlichkeit nach Kenntnisnahme durch den Oö. Landtag im Internet (www1.land-oberoesterreich.gv.at/budget/) zur Verfügung.

Kassenabschluss

- 1.1. Der Kassenabschluss per 31.12.2007 zeigte einen buchmäßigen Geldbestand von 68,3 Mio. Euro. Dieser Bestand setzte sich aus Mitteln der Zentralverwaltung inkl. 76 Nebenkassen (65,1 Mio. Euro) und der 15 Bezirkshauptmannschaften (BHen) (3,2 Mio. Euro) zusammen. Der Geldbestand laut Kassenabschluss stimmte mit den Geldbestandsnachweisen per 31.12.2007 überein. Auch beim Abgleich der Salden der Geldbestandsnachweise mit den Kassen-, Bank- und Sparguthabenständen zeigten sich keine Differenzen.
- 1.2. Der LRH bestätigte die Richtigkeit des überprüften Kassenbestandes von 68,3 Mio. Euro. Der Kassenbestand war positiv, weil Rücklagenmittel von 149,2 Mio. Euro im Bestand enthalten waren. Dieser RL-Betrag stärkte die Liquidität und war um 23,3 Mio. Euro niedriger als im Vorjahr.
- 2.1. Der LRH regte in der letztjährigen RA-Prüfung an, die Kassenläden in den Bürgerservicestellen der Bezirkshauptmannschaften systematisch einheitlich zu führen. Daraufhin einigten sich die BHen, die Kassenläden als Handverläge über Vorschusskonten zu führen. Eine BH passte das Kassenladensystem bis zum 31.12.2007 nicht an das vereinbarte System an.
- 2.2. Der LRH beurteilte die bereits weitgehend erfolgte Vereinheitlichung der Kassenläden positiv. Ihm wurde zugesichert, dass in Hinkunft alle BHen die Kassenläden einheitlich führen werden.

Haushaltsrechnung

Haushaltsergebnisse

Soll-Ergebnis

- 3.1. Die Haushaltsrechnung des Landes OÖ zeigte in den letzten Jahren immer ein ausgeglichenes Soll-Ergebnis. Auch im Verwaltungsjahr 2007 führten die erfolgswirksamen Einnahmen und Ausgaben (Soll) von je 4.752,6 Mio. Euro zu einem ausgeglichenen Ergebnis. Zu diesem Gebarungsbild trugen insbesondere eine Rücklagenentnahme von 65,3 Mio. Euro und ein einmaliger Einnahmenüberhang von 155,7 Mio. Euro bei. Dieser Einnahmenüberhang resultierte aus der Einlösung der Wohnbauförderungsdarlehen durch die Landesholding (510,4 Mio. Euro) abzüglich dem Rückkauf von Anteilen an der Energie AG (354,7 Mio. Euro).
- 3.2. Der LRH stellte den Finanzbedarf zum Haushaltsausgleich mit 221 Mio. Euro fest. Er wurde durch die Haushaltsrücklage und durch Einnahmen aus der Einlösung der WBF-Darlehen gedeckt, die nicht zur Finanzierung des Rückkaufes der Energie AG-Anteile benötigt wurden. Der Mittelbedarf zum Haushaltsausgleich war 2007 um 10,2 Mio. Euro niedriger als im Vorjahr. Auch im Vergleich zum VA 2007 war der Bedarf geringer, was sich vor allem bei der Entnahme aus der Haushaltsrücklage zeigte. Diese war mit 94 Mio. Euro veranschlagt und konnte in der Haushaltsrechnung um 28,7 Mio. Euro auf 65,3 Mio. Euro reduziert werden.

Der LRH hielt den Finanzbedarf zum Ausgleich der Haushaltsrechnung nach wie vor für hoch und empfahl, diesen vor allem in einer konjunkturell günstigen Lage weiter zu reduzieren. Dazu ist eine Konsolidierung des Haushaltes notwendig, die primär im Bereich der laufenden Gebarung und bei Investitionen ansetzen sollte. Falls in Zukunft Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag erzielt werden, sollten diese verstärkt gespart und nicht wie bisher größtenteils in einem Nachtragsbudget ausgegeben werden. Dadurch könnte der Abbau von Finanz- und Vermögensreserven für den Haushaltsausgleich deutlich vermindert werden.

Ist-Ergebnis

- 4.1. Die kassenwirksamen Einnahmen und Ausgaben (Ist) der Haushaltsrechnung betragen jeweils 4.783,2 Mio. Euro. Sie waren um 30,6 Mio. Euro höher als die erfolgswirksamen Soll-Werte, weil Zahlungsrückstände abgebaut wurden. Das ausgeglichene Ist-Ergebnis kam zustande, weil der Ist-Überschuss der Haushaltsrechnung 2007 von 38,3 Mio. Euro der Rücklage zur Übertragung von Ausgabekrediten zugeführt wurde.
- 4.2. Der LRH stellte positiv fest, dass es seit Jahren wieder gelungen ist, die Haushaltsrechnung ist-mäßig auszugleichen. Dabei war zum Stichtag 31.12.2007 auch ein Teil der buchmäßigen Rücklage zur Übertragung von Ausgabekrediten gedeckt.

Maastricht-Ergebnis

- 5.1. Nach dem Österreichischen Stabilitätspakt 2005 sollte das Land OÖ 2007 einen ordentlichen Stabilitätsbeitrag (Maastricht-Überschuss) von mindestens 341,8 Mio. Euro erbringen. Im Rechnungsquerschnitt (Beilage 14 zum RA) ist entsprechend der VRV ein positiver Finanzierungssaldo („Maastricht-Ergebnis“) von 199 Mio. Euro ausgewiesen. Dieser Saldo wurde durch Netto-Aufwendungen von 4,1 Mio. Euro für die Flutwasserkatastrophe 2002 belastet, die voraussichtlich auf den Stabilitätsbeitrag angerechnet werden. Das positive Ergebnis im Rechnungsquerschnitt ermöglichten Darlehen für Betriebsabgang und Trägerselbstbehalt der gespag von zusammen 245 Mio. Euro. Da nach Artikel 10 Abs. 4 des Österreichischen Stabilitätspaktes ab 2007 die aktuellen Auslegungsregeln des ESVG 95 gelten, sind die Darlehen auf den Stabilitätsbeitrag 2007 nicht mehr anrechenbar. Das Land erwirtschaftete daher einen negativen Stabilitätsbeitrag, dessen genaue Höhe die Statistik Austria ermitteln wird.
- 5.2. Der LRH stellte fest, dass das Land OÖ den im Stabilitätspakt geforderten Beitrag verfehlte und das positive Ergebnis im Rechnungsquerschnitt nur durch die VRV-konforme Darlehensdarstellung zustande kam. Jedenfalls kann das Darlehen für den Betriebsabgang (206 Mio. Euro) nicht mehr angerechnet werden, sodass sich 2007 ein negativer Beitrag von mindestens 2,9 Mio. Euro (ohne Trägerselbstbehalt und Ergebnisse der Fonds) ergibt.

Nach Ansicht des LRH ist das Land gefordert, seine Budgetpolitik mehr als bisher stabilitätsorientiert auszurichten. Auch wenn im neuen Stabilitätspakt geplant ist, die Zielvorgabe für den Stabilitätsbeitrag der Länder von derzeit 0,7 % des BIP auf 0,45 % zu senken, wird selbst dieser verminderte Zielwert ohne Verbesserung der Haushaltsstruktur nicht zu erreichen sein.

Darlehensdarstellung zur Ergebnisverbesserung

- 6.1. Zur Verbesserung des Maastricht-Ergebnisses schlug die Statistik Austria dem Land OÖ unter anderem vor, die Betriebsabgänge der gespag so wie andere Bundesländer auch über Darlehen zu finanzieren. Diesen Vorschlag hat die Oö. Landesregierung mit Beschluss vom 23.1.2006 und 22.1.2007 aufgegriffen und anstelle von verlorenen Zuschüssen rückforderbare Darlehen gewährt. Die mit jeweils 4 % verzinsten Darlehensbeträge für den Betriebsabgang beliefen sich 2006 auf 190,2 Mio. Euro und 2007 auf 206 Mio. Euro. Dazu kamen Darlehen für den Trägerselbstbehalt von 36,7 Mio. Euro (2006) und 39 Mio. Euro (2007). Da sich Eurostat 2006 gegen die Übernahme des Darlehensmodells in die VGR-Konten aussprach, bewirkte die Finanzierung von Landeskrankenanstalten mittels Darlehen 2006 zwar keine Ergebnisverbesserung im Sinne des ESVG 95, wohl aber im Sinne des österreichischen Stabilitätspaktes. Für 2007 wurden die Auslegungsregeln für den österreichischen Stabilitätspakt an das ESVG angepasst, wodurch die Darlehensfinanzierungen auf den Stabilitätsbeitrag nicht mehr anzurechnen sind. Außerdem erfordert die Rückzahlung dieser Darlehen entsprechend hohe Gesellschafterzuschüsse des Landes im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung. Aus diesen Gründen empfahl der LRH in der vorjährigen RA-Prüfung, von der Darlehensdarstellung im VA 2008 Abstand zu nehmen.

- 6.2. Der LRH hielt dazu fest, dass die Landesdarlehen an die gespag auf ESG-Ebene keine Ergebnisverbesserung bewirkten und nur 2006 auf den innerösterreichischen Stabilitätsbeitrag anzurechnen waren. 2007 verbesserten sie diesen Beitrag nicht mehr.

Der vorjährigen Empfehlung des LRH, von der Darlehensdarstellung abzugehen, wurde im VA 2008 entsprochen. Die Beiträge für Betriebsabgang und Trägerselbstbehalt sind wieder als verlorene Zuschüsse veranschlagt. Der Zuschuss zum Betriebsabgang vermindert das veranschlagte Maastricht-Ergebnis. Der Gesellschafterzuschuss für den Trägerselbstbehalt wirkt als Finanztransaktion nicht auf das Maastricht-Ergebnis. Für den LRH ist fraglich, wie dieser kapitalerhaltende Zuschuss gewertet wird.

Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsrechnung

- 7.1. Um festzustellen, inwieweit die Haushaltsrechnung ordnungsgemäß und vollständig aus der Buchhaltung abgeleitet wurde, nahm der LRH unter anderem verschiedene Summen- und Saldenabfragen aus dem SAP-System vor. Bei einer Abfrage nach Haushaltsgruppen stimmten die Ergebnisse mit dem Zusammensatz der Einnahmen und Ausgaben im Band I des RA überein. Auch eine weitere Abfrage nach finanzwirtschaftlicher Gliederung ergab ein vollständiges Bild über die Haushaltsgebarung. In der Anlage 1 des Berichtes sind die Pflicht- und Ermessensausgaben der letzten 3 Jahre gegenüber gestellt und die Jahresausgaben 2007 entsprechend der Referatsverteilung aufgeschlüsselt.
- 7.2. Aufgrund der Abfrageergebnisse bestätigte der LRH, dass 2007 alle voranschlagswirksam verrechneten Einnahmen und Ausgaben in die Haushaltsrechnung aufgenommen wurden. Da er in der voranschlagsunwirksamen Verrechnung keine haushaltswirksam zu verrechnenden Zahlungen feststellte und die sonstigen Prüfungshandlungen zu keinen gravierenden Mängelfeststellungen führten, beurteilte der LRH die Haushaltsrechnung 2007 als korrekt. Sie wurde unter Beachtung der Haushaltsvorschriften auch formell richtig erstellt.

Finanzpolitische Ziele und Zielerreichung

- 8.1. Für den VA 2007 legte der Ausschuss für Finanzen des Oö. Landtags folgende finanzpolitische Vorgaben fest:
- Keine Politik zu Lasten nächster Generationen
 - Keine Finanzschulden
 - Keine neuen Landesabgaben
 - Erhalten des Triple A-Ratings
 - Erreichen eines Maastricht-Überschusses
 - Aufrechterhalten einer möglichst hohen Investitionsrate

- 8.2. Der LRH stellte im Budgetvollzug fest, dass die finanzpolitischen Vorgaben grundsätzlich beachtet wurden. Er merkte dazu an, dass der Maastricht-Überschuss im Rechnungsquerschnitt nur durch die Darlehensfinanzierung des Betriebsabganges und des Trägerselbstbehaltes der gespag erreicht wurde. Außerdem nahm das Land zwar keine Finanzschulden im Landeshaushalt auf, ging aber sehr wohl andere finanzielle Verpflichtungen ein.

So wurden Investitionen vor allem in ausgegliederten Gesellschaften wie Laho, LIG, MTG und gespag oder über andere Rechtsträger finanziert. Diese Fremdfinanzierungen stellen im RA des Landes keine Finanzschulden, sondern einen Teil der noch nicht fälligen Verwaltungsschulden dar, über den unter Pkt. 25 des Berichtes näher berichtet wird.

Vollzug des Voranschlages

Voranschlag und Nachtragsvoranschlag

- 9.1. Der Oö. Landtag genehmigte am 7.12.2006 den VA 2007 und stellte am 6.12.2007 zusätzliche Budgetmittel im NVA bereit. Im Vergleich zum Vorjahr stellte sich das Budget wie folgt dar (Beträge in Mio. Euro):

| | 2006 | 2007 |
|------------------------|----------------|----------------|
| Ausgaben – VA | 3.790,8 | 4.313,1 |
| Ausgaben – 1. NVA | 67,2 | 90,5 |
| Gesamtausgaben | 3.858,0 | 4.403,6 |
| Einnahmen – VA | 3.791,0 | 4.313,8 |
| Einnahmen – 1. NVA | 67,2 | 90,5 |
| Gesamteinnahmen | 3.858,2 | 4.404,3 |
| Überschuss | 0,2 | 0,7 |

Im NVA 2007 wurden insbesondere Mittel für Beteiligungsunternehmen (26,1 Mio. Euro), Abgangsdeckung der Ordensspitäler auf 96 % (17,2 Mio. Euro), Investitionen der gespag (10 Mio. Euro) und Straßenbau (6 Mio. Euro) zur Verfügung gestellt. Die restlichen Ausgabenermächtigungen betrafen vor allem die Grundversorgung im Sozialbereich, die Behebung von Katastrophenschäden und die Sanierung des Landhauses. Die Bedeckung dieser Mehrausgaben erfolgte mit zusätzlichen Einnahmen aus Ertragsanteilen von 65,5 Mio. Euro und den Mehreinnahmen von 25 Mio. Euro aus der Einlösung der WBF-Darlehen durch die Laho (NVA 500 Mio. Euro) anstelle der ursprünglich veranschlagten Veräußerung der Energie AG-Anteile (VA 475 Mio. Euro). In der Beilage zum Landtagsbeschluss sind die vorgesehenen Mittel detailliert dargestellt.

- 9.2. Der LRH stellte fest, dass der Oö. Landtag 2007 wesentlich höhere Nachtragsmittel bereitstellte als in den beiden Jahren zuvor. Während 2005 und 2006 jeweils 66,4 Mio. Euro bzw. 67,2 Mio. Euro in den NVA aufgenommen wurden, zeigte der NVA 2007 zusätzliche Budgets von 90,5 Mio. Euro größtenteils für investive Maßnahmen. Damit war das Nachtragsbudget 2007 um 34,2 % bzw. 23 Mio. Euro höher als im Vorjahr. Wenngleich das Land OÖ dieses hohe Nachtragsbudget aufgrund der konjunkturell günstigen Einnahmensituation problemlos finanzieren konnte, meinte der LRH, dass das Land in Zukunft etwaige Mehreinnahmen gegenüber dem ursprünglichen VA verstärkt zur Verbesserung der Haushaltsstruktur nutzen sollte. Dadurch sind Verwaltung und Politik noch mehr als bisher gefordert, durch Budgetumschichtungen finanzielle Mehrerfordernisse aus ihren laufenden Budgets zu tragen.

Abweichungsanalyse

- 10.1. Der Vergleich des VA inkl. NVA mit dem RA (ohne Ü-Mittel¹) zeigte in Summe folgende Abweichungen (Beträge in Mio. Euro):

| | VA inkl. NVA | RA 2007 ohne Ü-Mittel | Abweichung |
|------------------------|--------------|--------------------------|------------|
| Gesamtausgaben | 4.403,6 | 4.484,2 | +80,6 |
| Gesamteinnahmen | 4.404,3 | 4.489,9 | +85,6 |
| Ergebnis | 0,7 | 5,7 | +5 |

- 10.2. Die Abweichungen gegenüber dem VA inkl. NVA verteilen sich auf eine Vielzahl von Voranschlagsstellen. Die wesentlichen Abweichungen sah der LRH in folgenden Bereichen:

- Die Mehrausgaben fielen hauptsächlich bei den Zuschüssen und Investitionsdarlehen an die LIG (+11,7 Mio. Euro), beim Geldverkehr (+7,2 Mio. Euro), im Sozialbereich (+9,4 Mio. Euro) und bei der Abschreibung von Forderungen (+16,7 Mio. Euro) an. Weitere nennenswerte Mehrausgaben gab es bei der Notstandshilfe, im Gesundheitsbereich und im Eisenbahnverkehr.
- Die Mehreinnahmen ergaben sich insbesondere bei den Beteiligungen (+14,6 Mio. Euro), Ertragsanteilen (+13,6 Mio. Euro) und bei der Wohnbauförderung (+10,8 Mio. Euro). Erhebliche Mindereinnahmen zeigten sich in den Bereichen Flüchtlingshilfe (-8 Mio. Euro) und Pensionen der Landeslehrer (-8 Mio. Euro).

Im Übrigen merkte der LRH an, dass die Abweichungen im Bericht der Landesbuchhaltung über die Haushalts- und Finanzlage sowie in den Erläuterungen näher ausgeführt sind. Dem LRH war es wichtig, auf Folgendes einzugehen:

¹ Die Rücklage zur Übertragung von Ausgabekrediten wurde bei der Abweichungsanalyse außer Acht gelassen, da diese weder im VA noch in einem NVA budgetiert wurden. Die Bereinigung der Jahresrechnung 2007 um die RL-Bewegung (Zuführung: 268,4 Mio. Euro, Behebung: 256,6 Mio. Euro) soll zu einem klaren Bild über die Abweichungen beitragen.

Mindereinnahmen - Flüchtlingshilfe

- 11.1. Bei der Flüchtlingshilfe (UA 2/426) wurden im VA Bundeszuschüsse von 26,3 Mio. Euro budgetiert. Im RA sind nur 18,3 Mio. Euro ausgewiesen.
- 11.2. Der LRH stellte bei der Flüchtlingshilfe Mindereinnahmen von 8 Mio. Euro fest. Der Differenzbetrag ergab sich im Wesentlichen daraus, dass der VA 2007 Einnahmen für vier Quartale enthielt, der RA aber nur Zahlungseingänge für die ersten drei Quartale 2007. Der Bundeszuschuss für das vierte Quartal ging erst im April 2008 ein. Es handelt sich daher um keine echten Mindereinnahmen, sondern um eine Periodenverschiebung in das nächstfolgende Finanzjahr. Nach Ansicht des LRH wäre die Forderung gegenüber dem Bund (5,4 Mio. Euro) für das vierte Quartal 2007 durch eine Soll-Stellung in die Haushaltsrechnung 2007 aufzunehmen gewesen, um das im Vorjahr gewählte System der Abgrenzung beizubehalten.

Einnahmen- und Ausgaben-Rückstände

- 12.1. Die Einnahmen-Rückstände gingen um 6,4 % bzw. 30,6 Mio. Euro auf 446,9 Mio. Euro zurück. Die Ausgaben-Rückstände sanken um 9,5 % bzw. 30,6 Mio. Euro auf 290,2 Mio. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr stellen sich die Rückstände wie folgt dar:

| Rückstände (in Mio. Euro) | 31.12.2006 | 31.12.2007 | +/- absolut | +/- Prozent |
|---|--------------|--------------|----------------|----------------|
| Einnahmen-Rückstände | 477,6 | 446,9 | -30,6 | -6,4 % |
| davon zum SOLL gestellte Darlehensaufnahmen zum | | | | |
| Haushaltsausgleich früherer Jahre | 421,8 | 421,8 | 0,0 | 0,0 % |
| Restlicher Haushalt | 55,8 | 25,1 | -30,6 | -54,8 % |
| Ausgaben-Rückstände | 320,8 | 290,2 | -30,6 | -9,5 % |
| davon übertragene Mittel auf das Folgejahr, IST-mäßig unbedeckte RL | 262,7 | 230,1 | -32,6 | -12,4 % |
| Restlicher Haushalt | 58,1 | 60,1 | 2,0 | +3,4 % |

- 12.2. Der LRH stellte fest, dass sich die **Einnahmen-Rückstände** (ohne Soll-Darlehensaufnahme) im Vergleich zum Vorjahr um mehr als die Hälfte (-30,6 Mio. Euro) auf 25,1 Mio. Euro verminderten. Dieser Rückgang resultierte daraus, dass der Bund die Forderung im Bereich der Flüchtlingshilfe-Grundversorgung (11,6 Mio. Euro) beglich und den vereinbarten Kostenersatz für Personal- und Sachaufwand für ehemalige Bundesstraßen (0,9 Mio. Euro) zahlte. Zum Rückgang trugen außerdem folgende Forderungsberichtigungen bzw. -abschreibungen bei:
- Fleischuntersuchungs-Ausgleichskasse (10 Mio. Euro) – Diese uneinbringlichen Gebühren wurden entsprechend der Empfehlung zum vorjährigen RA-Bericht berichtet bzw. abgeschrieben.
 - Forderungen gegenüber der Asfinag (4,2 Mio. Euro) waren aufgrund einer Vereinbarung zu berichtigen bzw. abzuschreiben.

- Eine Pönaleforderung gegenüber der Salinen Austria AG wegen Salzlieferproblemen wurde auf Basis einer einvernehmlichen Lösung teilweise berichtigt (1,2 Mio. Euro von ursprünglich 3,5 Mio. Euro).

Die **Ausgaben-Rückstände** (ohne ungedeckte Ü-Mittel) stiegen um 3,4 % auf 60,1 Mio. Euro. Mit Ende des 1. Quartals 2008 waren bereits 91,2 % bzw. 54,8 Mio. Euro abgestattet.

Der LRH gewann den Eindruck, dass die Buchhaltung die Rückstände laufend beobachtete und die notwendigen Maßnahmen vornahm.

Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung

- 13.1. Der Rechnungsquerschnitt zeigt die wirtschaftlichen Sachverhalte des Landes in Anlehnung an das Europäische System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG 95). Nachstehende Tabelle (in Mio. Euro) bildet die Summen und Salden der Querschnittsrechnung des Landes OÖ in den Jahren 2005 bis 2007 ab. Die Details dazu sind der Anlage 2 zu entnehmen. Auf die wesentlichen Veränderungen in der Haushaltsentwicklung wird in den Punkten 14 bis 16 eingegangen.

| Bezeichnung | 2005 | 2006 | 2007 | Veränderung 06/07 | |
|---|---------------|---------------|---------------|----------------------|---------------|
| Laufende Gebarung | | | | | |
| Einnahmen | 3.479,5 | 3.630,9 | 3.839,1 | 208,2 | 5,7 % |
| Ausgaben | 3.166,8 | 3.098,8 | 3.242,2 | 143,4 | 4,6 % |
| Saldo 1: Ergebnis laufende Gebarung | 312,7 | 532,1 | 596,9 | 64,8 | 12,2 % |
| Vermögensgebarung | | | | | |
| Einnahmen | 38,5 | 33,1 | 30,5 | -2,6 | -7,9 % |
| Ausgaben | 448,9 | 443,6 | 428,4 | -15,2 | -3,4 % |
| Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen | -410,4 | -410,5 | -397,9 | 12,6 | -3,1 % |
| Saldo 1 und Saldo 2 | -97,7 | 121,5 | 199,0 | 77,4 | 63,7 % |
| Finanztransaktionen | | | | | |
| Einnahmen | 614,4 | 562,5 | 883,0 | 320,5 | 57,0 % |
| Ausgaben | 516,7 | 684,1 | 1.081,9 | 397,9 | 58,2 % |
| Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen | 97,7 | -121,5 | -198,9 | -77,4 | 63,7 % |
| Saldo 4: Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 % |

13.2. Der LRH stellte im Mehrjahresvergleich Folgendes fest:

- Der finanzielle Spielraum aus dem Überschuss der laufenden Gebarung (Saldo 1) ist seit 2005 gestiegen. Dieser Saldo wurde in den letzten 2 Jahren zwar durch die Darlehensdarstellung der Landeszahlungen für den Betriebsabgang der gespag begünstigt, er hätte sich aber auch ohne diese Darstellung positiv entwickelt. Dies zeigt der bereinigte Saldo 1 deutlich:

| Bezeichnung | 2005 | 2006 | 2007 | Veränderung 06/07 | |
|--|--------------|--------------|--------------|----------------------|---------------|
| Saldo 1: Ergebnis laufende Gebarung | 312,7 | 532,1 | 596,9 | 64,8 | 12,2 % |
| - Darlehensdarstellung Betriebsabgang gespag (ohne Trägerselbstbehalt) | 0,0 | - 190,2 | - 206,0 | 15,8 | 8,3 % |
| bereinigter Saldo 1 | 312,7 | 341,9 | 390,9 | 49,0 | 14,3 % |

Beim bereinigten Saldo 1 handelt es sich um jenen Betrag, den das Land aus der laufenden Gebarung für vermögenswirksame Transaktionen erwirtschaftete. Er stellt im Wesentlichen die „freie Finanzspitze“ für Investitionen und Investitionsförderungen sowie für Finanztransaktionen dar. Dieser Saldo war 2007 mit 390,9 Mio. Euro um 49 Mio. Euro bzw. 14,3 % höher als im Vorjahr, weil außerordentlich hohe Einnahmenezuwächse bei den Ertragsanteilen und anderen Einnahmen aus dem Finanzausgleich erzielt wurden. Etwa 102,5 Mio. Euro bzw. 26,2 % des bereinigten Saldos stammten aus Bedarfszuweisungen der Gemeinden, die als Investitionsförderungen an Gemeinden und Gemeindeverbände weiterzuleiten sind.

- Die Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen sind im Landeshaushalt seit Jahren rückläufig. Zu diesem Trend trugen insbesondere Ausgliederungen und neue Finanzierungsformen bei. Das Land finanzierte Investitionen primär über ausgegliederte Gesellschaften wie LIG und gespag oder über andere Rechtsträger. Von den 428,4 Mio. Euro Ausgaben der Vermögensgebarung entfielen 2007 etwa 78,5 % auf Kapitaltransfers (Investitionsförderungen) und 21,5 % auf direkte Investitionen im Landeshaushalt.
- Ein Maß für die Eigenfinanzierungskraft des Landes ist die Summe der Ergebnisse der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung (Saldo 1 und 2). Seit 2005 ist dieser Saldo negativ, wenn man im Sinne einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise die Verlagerung der Abgangsdeckung der gespag zu den Finanztransaktionen entsprechend berücksichtigt:

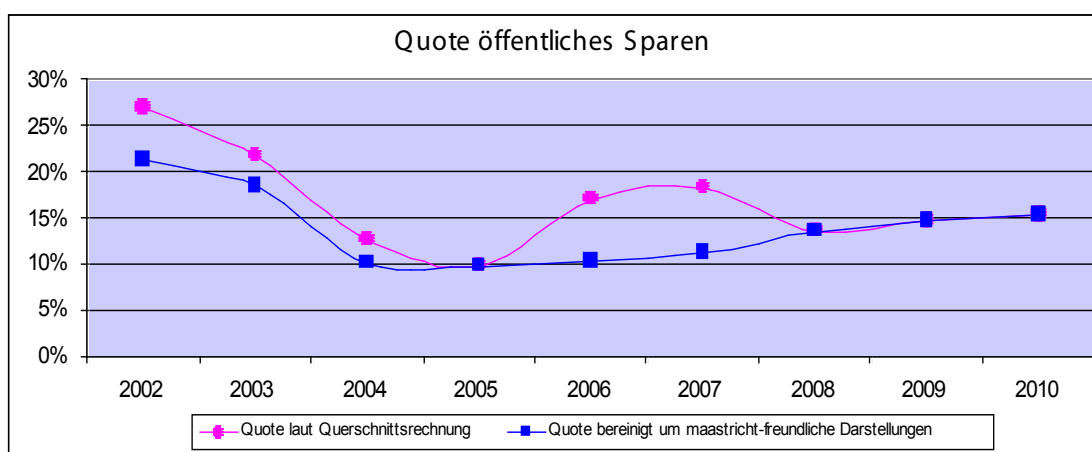
| Bezeichnung | 2005 | 2006 | 2007 | Veränderung 06/07 | |
|--|--------------|--------------|--------------|----------------------|---------------|
| Saldo 1 und Saldo 2 | -97,7 | 121,5 | 199,0 | 77,4 | 63,7 % |
| - Darlehensdarstellung | | | | | |
| Betriebsabgang gespag (ohne Trägerselbstbehalt) | 0,0 | - 190,2 | - 206,0 | 15,8 | 8,3 % |
| bereinigter Saldo 1 und 2 | -97,7 | -68,7 | -7,0 | 61,7 | 89,8 % |

Dieser bereinigte Saldo 1 und 2 entspricht in der Haushaltsrechnung des Landes etwa dem Finanzierungssaldo nach ESVG 95 (Maastricht-Ergebnis), der jährlich von der Statistik Austria nach exakten Kriterien zu ermitteln ist.

- Die Einnahmen und Ausgaben aus Finanztransaktionen betreffen hauptsächlich Beteiligungsunternehmen, Rücklagen und Darlehen. Anders als in den Vorjahren resultierten die Finanztransaktionen 2007 nicht primär aus Entnahmen und Zuführungen zu Rücklagen, sondern auch aus den Ausgaben für den Rückkauf von Anteilen der Energie AG und den Einnahmen aus den eingelösten WBF-Darlehen.
- Das ausgeglichene Jahresergebnis (Saldo 4) resultierte aus Finanztransaktionen wie RL-Entnahmen und anteilige Einnahmen aus der Einlösung der WBF-Darlehen.

Laufende Gebarung – öffentliches Sparen

- 14.1. Durch stagnierende Einnahmen und steigende Ausgaben hat sich das Ergebnis der laufenden Gebarung (= öffentliches Sparen bzw. Saldo 1 des RQ) in den Jahren 2002 bis 2005 halbiert. Der jährliche Überschuss sank von 597,1 Mio. Euro auf 312,7 Mio. Euro. Seither ist eine Trendumkehr erkennbar. Selbst bei Bereinigung um maastrichtfreundliche Darstellungen² verbesserte sich das laufende Ergebnis 2006 auf 341,9 Mio. Euro und 2007 auf 390,9 Mio. Euro. In Relation zu den laufenden Ausgaben zeigen diese Ergebnisse folgende Entwicklung (Quote öffentlichen Sparens):



² An maastricht-freundlichen Darstellungen waren in den Jahren 2002 bis 2004 die Anrechnung der Betriebsabgänge auf die Kapitalerstaussattung der gespag und die unbare Entnahme zu berücksichtigen. Im Jahr 2005 gab es keine derartigen Verrechnungen. Im RA 2006 und 2007 wurden laufende Ausgaben des Landes zu maastricht-neutralen Finanztransaktionen verlagert, indem die Betriebsabgangsdeckung der gespag als Darlehen dargestellt wurde.

14.2. Für den LRH entspricht der bereinigte Überschuss etwa der „freien Finanzspitze“ des Landes für Investitionen und andere Vermögenstransfers. Die daraus ableitbare Sparquote sank seit 2002 von 21 % auf knapp 10 % ab und erhöhte sich 2007 auf 11,3 %. Nach der mittelfristigen Finanzplanung erwartet das Land in der Zukunft wieder mehr Spielraum und prognostizierte für die Jahre 2008 bis 2010 weiter steigende Quoten von 13,7 % bis 15,4 %. Für den LRH ist es wichtig, dass das Land im Haushaltsvollzug diese Quote auch tatsächlich erhöht, da diese in der Vergangenheit im Bundesländervergleich gefallen ist.

Während das Land mit seiner Sparquote 2003 an 3. Stelle lag, kam es seither jeweils an 4. Stelle zu liegen. Wenn das Land seinen Haushalt konsolidieren will, muss es nach Ansicht des LRH im Bereich der laufenden Gebarung insbesondere bei der Ausgaben- dynamik für Soziales und Gesundheit³, bei Förderungen, aber auch beim Ausschöpfen der eigenen Einnahmemöglichkeiten ansetzen und damit den finanziellen Spielraum aus der laufenden Gebarung wieder deutlich erhöhen.

Aufbauend auf Anlage 2 des Berichtes stellte der LRH in seiner Veränderungsanalyse nach Querschnittskennzahlen im Jahresvergleich 2006/07 folgende **Veränderungen in der laufenden Gebarung** fest:

Einnahmen:

- Die im Bundesländervergleich außerordentlich niedrigen Steuereinnahmen des Landes (KZ 10) betragen 2007 mit 18,2 Mio. Euro bloß 0,5 % der Gesamteinnahmen. Gegenüber dem Vorjahr gingen sie um 10,3 Mio. Euro zurück, weil insbesondere die FUAKE-Gebühren (6,4 Mio. Euro) und andere Verwaltungsabgaben bei den Leistungseinnahmen (KZ 12) dargestellt wurden. Nach Ansicht des LRH sollte das Land die eigenen Steuern zumindest auf das Niveau anderer Bundesländer anheben, was derzeit aber mit dem finanzpolitischen Ziel „keine neuen Landessteuern bzw. –abgaben“ nicht im Einklang steht.
- Die Haupteinnahmen des Landes sind Ertragsanteile (KZ 11) und laufende Transferzahlungen von öffentlichen Rechtsträgern (KZ 14). Sie betragen 2007 zusammen 3.453,4 Mio. Euro. Die gute konjunkturelle Lage ermöglichte bei den Ertragsanteilen Mehreinnahmen von 104,3 Mio. Euro. Dazu kamen Zuwächse bei den Transfereinnahmen von 84,8 Mio. Euro. Diese stammten großteils aus Bedarfszuweisungen der Gemeinden (+37,8 Mio. Euro), Kostenersätzen des Bundes für Personalkosten und Pensionen der Landeslehrer (+24,9 Mio. Euro), Krankenanstaltenbeiträgen der Gemeinden (+17,8 Mio. Euro), Landesumlage (+5,9 Mio. Euro) und sonstigen Transferzahlungen öffentlicher Rechtsträger.
- Die Leistungseinnahmen (KZ 12) stiegen 2007 um 12,4 Mio. Euro, wovon 6,4 Mio. Euro die geänderte Darstellung der FUAKE-Gebühren betrafen. Die zusätzlichen Einnahmen resultierten aus den Verwaltungsgebühren der Bezirkshauptmannschaften und den Kostenbeiträgen der Selbstzahler im Sozialhilfereich.
- Die Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit erhöhten sich 2007 um 17,2 Mio. Euro auf 66,1 Mio. Euro. Allein die Erträge aus Beteiligungen waren um 16,8 Mio. Euro höher als im Vorjahr. Diese Entwicklung stand im Zusammen-

³ Die Haushaltsentwicklung im Bereich Soziales und Gesundheit (Krankenanstalten) ist in den Anlagen 3 und 4 dargestellt.

hang mit einer Sonderdividende der Energie AG, die zur Bedeckung der Zinsen aus dem Rückkauf von Anteilen diente.

- Die Mehreinnahmen von 8,2 Mio. Euro bei den sonstigen laufenden Transfers (KZ 15) zeigten sich vor allem bei Pensionsbeiträgen (+5,7 Mio. Euro) und Geldstrafen nach dem Immissionsschutzgesetz (+1,3 Mio. Euro).
- Die Einnahmen aus Veräußerungen und sonstigen Einnahmen (KZ 16) gingen im Jahresvergleich 2006/07 um 8,3 Mio. Euro zurück, da eine einmalige Einnahme von 22 Mio. Euro aus der Aberkennung der Gemeinnützigkeit einer Wohnbaugenossenschaft wegfiel und dieser Einmaleffekt durch andere Einnahmen wie zB aus der Tilgung einer inneren Anleihe (8,2 Mio. Euro), der Pauschalvergütung für die Hauskrankenpflege (5 Mio. Euro) und der zurückbezahlten EU-Fördermittel (1,2 Mio. Euro) nicht wettgemacht werden konnte.

Ausgaben:

- Die Ausgaben für Personal (KZ 20) erhöhten sich 2007 um 27 Mio. Euro bzw. 2,6 % und jene für Pensionen (KZ 21) um 9,1 Mio. Euro bzw. 2,2 %. Diese Entwicklungen sind unter den Punkten 17 bis 21 näher erläutert.
- Die Bezüge der Organe (KZ 22) stagnierten seit Jahren auf unverändertem Niveau und wuchsen 2007 geringfügig um 0,3 Mio. Euro auf 13,7 Mio. Euro an.
- Die Gebrauchsgüter (KZ 23) und der Verwaltungs- und Betriebsaufwand (KZ 24) stiegen 2007 zusammen um 25,9 Mio. Euro an. Hauptverantwortlich dafür waren höhere Ausgaben für Maßnahmen der Behindertenhilfe (+13,8 Mio. Euro) und der allgemeinen Sozialhilfe (+7,7 Mio. Euro). Zur Ausgabenentwicklung trugen auch höhere Forderungsabschreibungen (+2,5 Mio. Euro) und eine buchmäßige Verrechnung zur erstmaligen Tilgung einer inneren Anleihe (8,2 Mio. Euro) bei. Nach Ansicht des LRH beeinflusste die seit Jahren andauernde Ausgabendynamik im Sozial- und Behindertenbereich die Haushaltsstruktur des Landes nachhaltig, weil die erzielten Einnahmenezuwächse in den vergangenen Jahren deutlich hinter den Ausgabensteigerungen in diesem Bereich blieben.
- Die Zinszahlungen (KZ 25) betragen 2006 etwa 0,5 Mio. Euro und 13,7 Mio. Euro im Jahr 2007. Von den Zinsen des Jahres 2007 entfielen 13,1 Mio. Euro auf Finanzierungskosten für den zwischenzeitlich fremdfinanzierten Rückkauf von Aktien der Energie AG, die aber durch die Sonderdividende gedeckt waren.
- Die laufenden Transferzahlungen an öffentliche Rechtsträger (KZ 26) gingen um 12,7 Mio. Euro bzw. 4,9 % zurück. Beiträge für den Winterdienst (-9,5 Mio. Euro) wurden eingespart und Zahlungen für das AKH Linz aufgrund der geänderten Rechtsform bei den Transfers an private Rechtsträger dargestellt.
- Die laufenden Transferzahlungen an private Rechtsträger (KZ 27) erhöhten sich 2007 um 8,9 % auf 987,4 Mio. Euro. An den Mehrausgaben von 80,4 Mio. Euro waren die Landesbeiträge für die Abgangsdeckung der privaten Krankenanstalten mit 39,6 Mio. Euro beteiligt. Auch der gestiegene Mittelbedarf für Zinsenzuschüsse an Einzelpersonen im Bereich der Wohnbauförderung (+9,9 Mio. Euro), für den Oö. Verkehrsverbund (+7 Mio. Euro), für EU-kofinanzierte Maßnahmen (+4,1 Mio. Euro), für Verpflegungskosten der Behindertenhilfe (+3,9 Mio. Euro) und der Beitrag an den Oö. Gesundheitsfonds für die Hauskrankenpflege (3,5 Mio. Euro) sowie die 1. Rate für das Projekt „Kulturhauptstadt Linz“ (2 Mio. Euro) sind zu erwähnen.

Darüber hinaus schlugen gestiegene Zinszuschüsse für Ordenskrankenhäuser (+3,3 Mio. Euro), für Investitionszuschüsse gemäß der Investitionsrichtlinie (+2,8 Mio. Euro) und für Beschäftigungsprojekte im Rahmen der freien Wohlfahrt (+2,8 Mio. Euro) zu Buche.

Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen)

- 15.1. Die Einnahmen aus Vermögensveräußerungen (KZ 30, 31) und erhaltenen Kapitaltransfers (KZ 34, 35) waren seit Jahren rückläufig und betragen 2006 zusammen 33,1 Mio. Euro und 30,5 Mio. Euro im Jahr 2007. Diesen standen vermögensrelevante Ausgaben (KZ 40 bis 45) von jährlich über 428,4 Mio. Euro gegenüber, die in den letzten Jahren auf diesen Betrag zurück gingen.
- 15.2. Die wesentlichen Veränderungen 2006/07 in der Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen) führte der LRH auf Folgendes zurück:

Einnahmen:

- Die Erlöse aus dem Verkauf von unbeweglichem Vermögen sanken um 7,5 Mio. Euro auf 2,8 Mio. Euro, weil das Land keine Grundstücke mehr an die LIG zu übertragen hatte.
- Die Kapitaltransfers stiegen um 5 Mio. Euro, insbesondere weil der Bund dem Land OÖ vorfinanzierte Baukosten für die HTBLA und HLW Braunau von 4,4 Mio. Euro zurückbezahlte und zusätzliche EU-Mittel für „LEADER plus“ Programme eingingen.

Ausgaben:

- Die Investitionsausgaben zum Erwerb von Landesvermögen (KZ 40 bis 42) beliefen sich 2007 auf 92,2 Mio. Euro und waren gegenüber 2006 um 1,2 Mio. Euro rückläufig. Die Schwerpunkte der Investitionen im Kernhaushalt des Landes waren der Straßenneu- und -umbau (ca. 54,4 Mio. Euro) und der Ankauf von Anlagen und Maschinen (19,6 Mio. Euro). Andere kostenintensive Investitionsschwerpunkte finanzierte das Land seit mehreren Jahren über landeseigene Gesellschaften oder suchte alternative Finanzierungsformen über andere Rechtsträger.
- Die Beiträge des Landes für Investitionen durch Dritte sind Kapitaltransfers an öffentliche und private Rechtsträger (KZ 44, 45). Sie betragen 2006 ca. 350,2 Mio. Euro und fielen 2007 auf etwa 336,2 Mio. Euro ab. Die Ausgabeneinsparung von 14 Mio. Euro zeigte sich bei den Investitionsbeiträgen an Gemeinden und an private Rechtsträger im Bereich des Nahverkehrs.

Nach Ansicht des LRH ist im investiven Bereich eine weitere Entlastung des Haushaltes anzustreben und der Bedarf für neue Investitionsförderungen und Investitionen im Kernhaushalt im Einzelfall genau zu prüfen. Aufgrund der guten konjunkturellen Lage sollten neue Investitionen im Landeshaushalt und in den Beteiligungsunternehmen möglichst zeitverzögert realisiert werden.

Finanztransaktionen

- 16.1. Die Einnahmen aus Finanztransaktionen waren 2007 mit 883 Mio. Euro um 320,5 Mio. Euro höher als im Vorjahr. Sie betrafen hauptsächlich Rücklagenentnahmen (345,9 Mio. Euro bei KZ 52) und Einnahmen aus Darlehensrückzahlungen (537,1 Mio. Euro bei KZ 53, 54).

Die Ausgaben aus Finanztransaktionen von 1.081,9 Mio. Euro lagen 2007 um 397,9 Mio. Euro über dem Wert des Vorjahres. Davon stammten 379,9 Mio. Euro aus dem Erwerb von Beteiligungen (KZ 60), 301 Mio. Euro aus Zuführungen zu Rücklagen (KZ 62) und 401 Mio. Euro aus gewährten Darlehen (KZ 63, 64).

- 16.2. Der LRH stellte bei der Gegenüberstellung der einzelnen Finanztransaktionen vor allem folgende Ursachen für die Veränderungen im Zeitraum 2006/07 fest:

- Da 2007 kein Beteiligungsunternehmen veräußert, aber Anteile der Energie AG um 354,7 Mio. Euro zurückgekauft und andere Kapitalmaßnahmen in den Gesellschaften vorgenommen wurden, schlugen die Ausgaben im Beteiligungsbereich in der Haushaltsrechnung voll zu Buche (näheres siehe Pkte. 33 bis 35).
- Von den Rücklagenentnahmen und –zuführungen (KZ 52 und 62) profitierte der Haushalt per Saldo mit 44,9 Mio. Euro. Wie unter Pkt. 22 des Berichtes dargestellt, handelt es sich dabei um jenen Betrag, um den die gesamten haushaltsrelevanten Rücklagen 2007 abgebaut wurden. Dieser RL-Abbau war um 202,6 Mio. Euro geringer als im Vorjahr, was primär durch die WBF-Darlehenseinlösung und Rückzahlung einer inneren Anleihe möglich wurde.
- Von den Einnahmen aus Darlehensrückzahlungen stammten 510,4 Mio. Euro aus der barwertmäßigen Einlösung von WBF-Darlehen durch die Laho (näheres dazu siehe Pkt. 29). Die übrigen Rückzahlungen leisteten Beteiligungsgesellschaften und andere Unternehmungen sowie zahlreiche WBF-Darlehensnehmer.

Die Ausgaben für gewährte Darlehen betrafen die Betriebsabgangsdeckung und den Trägerselbstbehalt der gespag (245 Mio. Euro, siehe Pkt. 6), WBF-Darlehen (119,9 Mio. Euro), Investitionsdarlehen an Gemeinden (12,8 Mio. Euro) und Gesellschaften wie LIG (19 Mio. Euro) und Ennshafen Entwicklungs- und Betriebs-GmbH (1,4 Mio. Euro).

Nachweise zur Haushalts- und Finanzsituation

Personal

- 17.1. Die **Leistungen für Personal** betragen 2007 insgesamt 1.051,4 Mio. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Personalausgaben um 27 Mio. Euro bzw. +2,6 %. Im Detail entwickelten sich die Bereiche Verwaltung, Unterricht und wirtschaftliche Unternehmen wie folgt (Beträge in Mio. Euro):

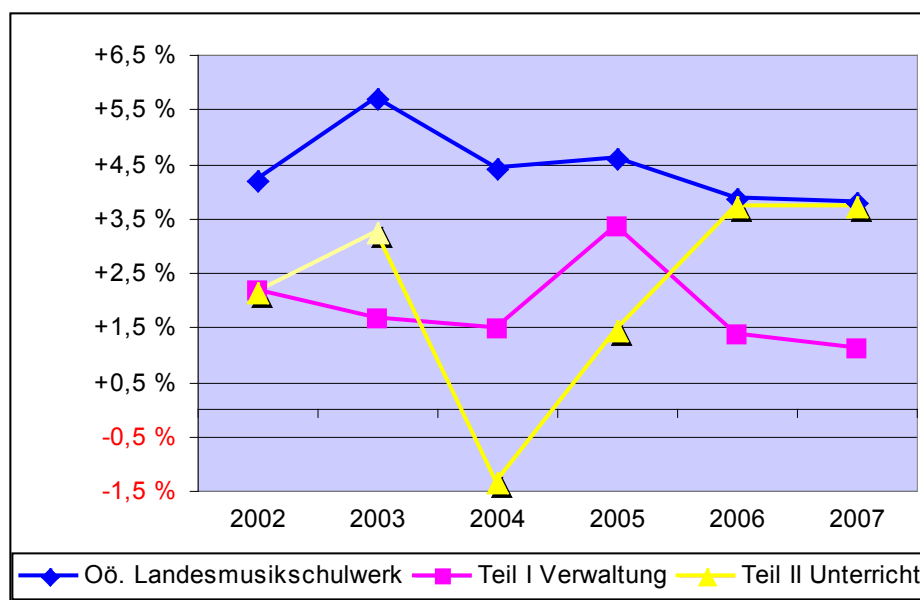
| Personalausgaben | 2006 | 2007 | + / - absolut | + / - Prozent |
|--------------------------------|----------------|----------------|------------------|------------------|
| Verwaltung | 412,2 | 416,6 | +4,4 | +1,1 % |
| Unterricht | 612,1 | 634,7 | +22,6 | +3,7 % |
| Zwischensumme | 1.024,3 | 1.051,3 | +27,0 | +2,6 % |
| Wirtsch. Unternehmen | 0,1 | 0,1 | -0,02 | -16,3 % |
| Personalausgaben gesamt | 1.024,4 | 1.051,4 | +27,0 | +2,6 % |

- 17.2. Der LRH stellte positiv fest, dass die Personalausgaben im Bereich **Verwaltung** mit +1,1 % moderat anstiegen. Die Analyse zeigte, dass die Zuweisung von Landesbediensteten an die ASFINAG⁴ (-4,3 Mio. Euro), geringerer Reisegebührenaufwand (-1,1 Mio. Euro) infolge der verbesserten Auslastung von Selbstlenkerfahrzeugen und verminderte Mehrleistungsvergütungen an das Straßenbaupersonal (-1,1 Mio. Euro) aufgrund des milden Winters 2006/07 zu wesentlichen Ausgabenreduktionen führten. Wesentliche Erhöhungen gab es hingegen bei den Vertragsbediensteten I (Amt der Landesregierung, BHen) und den Vertragslehrerinnen und -lehrern an Landesmusikschulen. Diese resultierten aus der allgemeinen Bezugserhöhung (+2,35 %), den Struktureffekten durch Vorrückungen und Beförderungen und der verstärkten Nachbesetzung freier Planstellen für Beamte mit Vertragsbediensteten. Bei den Personalausgaben für das Oö. Landesmusikschulwerk (LMSW) waren die Steigerungen vor allem strukturbedingt. Die vermehrte Anstellung von Lehrpersonal mit Universitätsabschluss führte lt. Angabe des Bewirtschafters zu einer höheren Entlohnung.⁵ Darüber hinaus waren 19 % der Musikschullehrerinnen und -lehrer über 50 Jahre alt. Abgesehen davon anerkannte der LRH das Bemühen der Personalbewirtschaftung um gemäßigte Ausgabensteigerungen.
- 18.1. Die Personalausgaben des **Oö. Landesmusikschulwerkes** sind Teil der Verwaltung. Sie betragen 2007 insgesamt 53,3 Mio. Euro (siehe RA-Anlage 2 a, Teil I „Verwaltung“). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen diese Ausgaben um 1,9 Mio. Euro bzw. +3,8 %. Der größte Teil dieser Personalausgaben entfiel auf das Lehrpersonal mit 50,1 Mio. Euro.

4 Die Übernahme von Bediensteten des Autobahnbereiches durch die ASFINAG Autobahn Service GmbH Nord erfolgte per 1.5.2006.

5 Lehrpersonal an Landesmusikschulen wird primär ausbildungsorientiert und weniger verwendungs- bzw. funktionsorientiert entlohnt. Es ist gemäß § 2 Abs. 2 Oö. Gehaltsgesetz 2001, LGBl. 28/2001 idGF von der Besoldung Neu ausgenommen.

- 18.2. Die Steigerungsraten der Personalausgaben beim Oö. Landesmusikschulwerk lagen im mehrjährigen Vergleich mit den Bereichen Verwaltung und Unterricht nach Ansicht des LRH teilweise weit über dem Durchschnitt. Dies zeigte folgende Grafik:



Während die jährliche Veränderungsrate seit 2002 des Bereiches Verwaltung im Durchschnitt +1,8 % und jene des am besten vergleichbaren Bereiches Unterricht +2,1 % betrug, stiegen die Personalausgaben für die Landesmusikschulen um durchschnittlich +4,4 %. Positiv stellte der LRH fest, dass die Steigerungsraten beim LMSW ab 2005 eine fallende Tendenz aufwiesen und es in den letzten zwei Jahren eine Angleichung an das Niveau des Bereiches Unterricht gab. Der LRH wies wiederholt darauf hin, dass es beim LMSW weiterer Anstrengungen bedarf, die Steigerungsraten gedämpft zu halten.

- 19.1. Für das Lehrpersonal an allgemeinbildenden und berufsbildenden **Pflichtschulen** sowie an landwirtschaftlichen **Berufs- und Fachschulen** (BFS) fielen 2007 Ausgaben von 634,7 Mio. Euro an (siehe RA-Anlage 2 a, Teil II „Unterricht“). Der Bund leistete dafür Kostenersätze gemäß FAG 2005 von 594 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung weiterer Kosten- und Rückersätze musste das Land letztlich 38,5 Mio. Euro Personalausgaben tragen. Diese Nettobelastung war um 0,5 % geringer als im Vorjahr (2006: 38,7 Mio. Euro). Im Detail stellten sich die Ausgaben und Einnahmen im Unterrichtsbereich 2007 wie folgt dar (Beträge in Mio. Euro):

| Schultyp | Ausgaben | Einnahmen | davon Bund (FAG) | | Nettobelastung Land OÖ | |
|---|--------------|--------------|------------------|--------------------|------------------------|--------------|
| | 2007 | 2007 | | Anteil an Ausgaben | 2007 | |
| Allgemeinbildende Pflichtschulen | 560,6 | 561,1 | 559,2 | 99,8 % | -0,6 | -0,1 % |
| Berufsbildende Pflichtschulen | 55,2 | 26,1 | 25,9 | 46,9 % | 29,1 | 52,7 % |
| Landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen | 18,9 | 8,9 | 8,9 | 46,8 % | 10,0 | 53,0 % |
| GESAMT | 634,7 | 596,2 | 594,0 | 93,6 % | 38,5 | 6,1 % |

Gemäß FAG 2005 ersetzt der Bund den Ländern von den Kosten der Besoldung (Aktivitätsbezüge) der unter ihrer Diensthöhe stehenden Lehrerinnen und Lehrer einschließlich der Landesvertragslehrerinnen und -lehrer

- an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen 100 %,
- an berufsbildenden Pflichtschulen im Sinne des Schulorganisationsgesetzes und an land- und forstwirtschaftlichen BFS 50 %.

19.2. Der LRH stellte fest, dass bei den berufsbildenden Pflichtschulen und den landwirtschaftlichen BFS die Kostenersätze des Bundes nach dem FAG regelmäßig unter 50 % lagen. Dies deshalb, weil bei den Personalausgaben für Berufsschullehrerinnen und -lehrer Mehrdienstleistungen von 3,7 Mio. Euro aufgrund des Erzieherdienstes in den Berufsschulinternaten enthalten waren. Dieser Erzieherdienst war nicht Teil der FAG-Regelung, sodass diese Ausgaben zu 100 % vom Land zu tragen waren. Hinsichtlich des Lehrpersonals an landwirtschaftlichen BFS ersetzte der Bund nur jene Bezugssteile, die auch das Besoldungssystem des Bundes beinhaltete. So wird beispielsweise die vom Land gewährte Leistungszulage vom Bund nicht refundiert. Darüber hinaus behielt der Bund die ab 2005 nicht mehr vereinbarte Deckelung der Kostenersätze bis 1.4.2007 bei, sodass die im FAG 2005 getroffene 50%-Refundierungsregelung nicht eingehalten wurde.

20.1. Der Nachweis über die Anzahl der beschäftigten Dienstnehmer (RA-Anlage 11 a) wies zum 31.12.2007 folgende Vollbeschäftigtenäquivalente (VBÄ) aus:

- Teil I „Verwaltung“: 8.956,08 VBÄ (-13,37 VBÄ zu 2006)
- Teil II „Unterricht“: 12.844,64 VBÄ (-11,53 VBÄ zu 2006)
- Teil III „Wirtsch. Unternehmen“: 1,00 VBÄ (-1,00 VBÄ zu 2006)

20.2. Der LRH stellte fest, dass sich der Gesamt-Beschäftigtenstand im Vergleich zum Vorjahr um 25,90 VBÄ geringfügig reduzierte. Damit setzte sich der rückläufige Trend der letzten Jahre fort.

Pensionen

- 21.1. Die Leistungen für Pensionen und Ruhebezüge betragen im Jahr 2007 insgesamt 424,3 Mio. Euro (Vorjahr: 415,3 Mio. Euro). Davon entfielen auf die Bereiche Verwaltung 197,3 Mio. Euro, Unterricht 223,9 Mio. Euro und Vertretungskörper 3,1 Mio. Euro. Per 31.12.2007 gab es 13.221 Ruhe- und Versorgungsbezugsempfänger (Vorjahr: 13.134).
- 21.2. Der LRH merkte positiv an, dass die Steigerungsrate 2006/07 mit insgesamt +2,2 % für alle drei Teilbereiche moderat ausfiel.

Rücklagen

Rücklagenstand

- 22.1. Der Stand an Rücklagen ging im Jahr 2007 von 517,4 Mio. Euro auf 472,5 Mio. Euro zurück. Von diesen haushaltswirksamen Rücklagen (Soll) waren kassenmäßig (Ist) zu Jahresbeginn 254,6 Mio. Euro und zum Jahresende 242,2 Mio. Euro gedeckt. Im Detail stellen sich die Veränderungen wie folgt dar (in Mio. Euro):

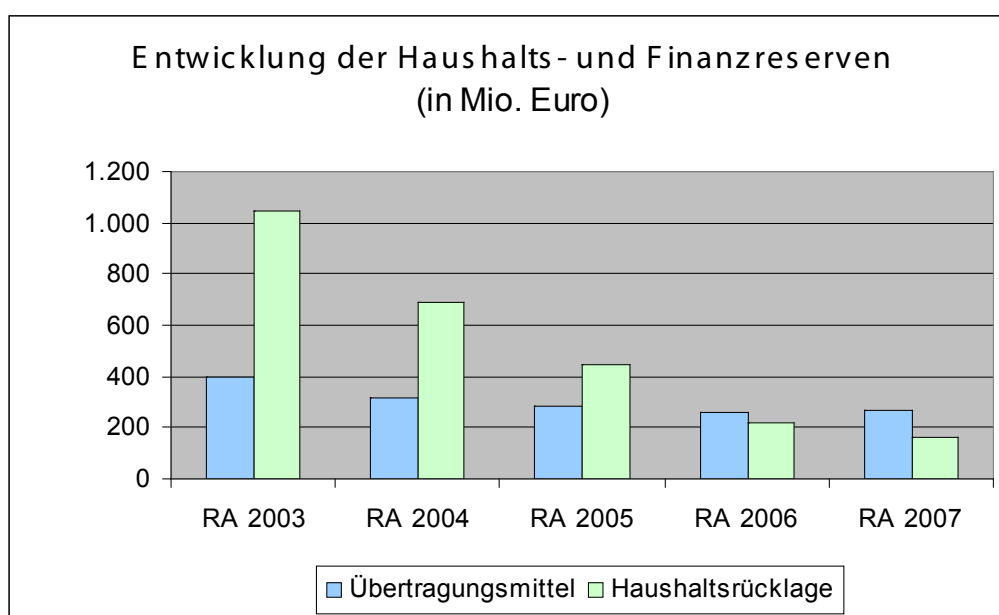
| | Soll - Rücklagen (haushalts- bzw. erfolgswirksam) | | | Ist - Rücklagen (geld- bzw. kassenwirksam) | | |
|---|---|--------------|--------------|--|--------------|--------------|
| | 2006 | 2007 | Veränderung | 2006 | 2007 | Veränderung |
| Gebundene RL ⁶ | 36,1 | 42,5 | 6,4 | 36,0 | 42,3 | 6,3 |
| RL für Pilotprojekte Flexi-Klausel | 1,1 | 1,3 | 0,2 | 1,1 | 1,3 | 0,2 |
| Haushaltsrücklage | 217,5 | 160,4 | -57,1 | 217,5 | 160,4 | -57,1 |
| Zwischensumme | 254,7 | 204,2 | -50,5 | 254,6 | 204,0 | -50,6 |
| RL zur Übertragung von Ausgabekrediten | 262,7 | 268,3 | 5,6 | 0,0 | 38,2 | 38,2 |
| Gesamtsumme | 517,4 | 472,5 | -44,9 | 254,6 | 242,2 | -12,4 |

Im Jahr 2007 standen bei den Rücklagen Entnahmen und Zuführungen gegenüber, sodass per Saldo die haushaltswirksamen RL (Soll) um 44,9 Mio. Euro und die durch Geldmittel gedeckten Ist-Rücklagen um 12,4 Mio. Euro zurück gingen. Von den per 31.12.2007 vorhandenen Ist-Rücklagen (242,2 Mio. Euro) waren 93 Mio. Euro in Wertpapieren und Genussrechten veranlagt und 149,2 Mio. Euro im Kassenbestand enthalten. Der Unterschiedsbetrag zwischen Soll- und Ist-Rücklagen (230,3 Mio. Euro)

⁶ Die gebundenen Rücklagen sind: RL für Pensionen aus öffentlich-rechtlichem Dienstverhältnis, RL für Pensionen der Gemeindebediensteten, Bürgschaftssicherungsrücklage nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz und Bürgschaftssicherungsrücklage nach den Bundes-Sonderwohnbaugesetzen.

resultierte aus den im RL-Wege übertragenen Haushaltskrediten (Ü-Mittel) und ist erst bei entsprechendem Bedarf mit liquiden Mitteln zu bedecken.

- 22.2. Der LRH stellte bei RA-Prüfungen bereits wiederholt fest, dass die Rücklagen des Landes in den letzten Jahren stark zurückgingen. Im Jahr 2007 wurde aufgrund der günstigen Einnahmensituation dieser Trend zumindest verlangsamt. Dies zeigt nachstehende Grafik über die Entwicklung der maßgeblichen Haushalts- und Finanzreserven des Landes, das sind im Wesentlichen die Haushalts-RL und die RL zur Übertragung von Ausgabekrediten:



Aufgrund des RL-Verbrauchs ist das Land gefordert, seine Haushaltsstruktur nachhaltig zu verbessern. Um Schuldaufnahmen zu vermeiden, ist es notwendig, dass sich das Ausgabenniveau des Landes wieder mehr an den laufenden Einnahmen orientiert. Für den LRH ist es besonders wichtig, dass das Land durch strikte Budgetdisziplin die Einnahmen- und Ausgabenstruktur des mittelfristigen Finanzplanes einhält. In dieser Budgetvorschau bis zum Jahr 2010 ist vorgesehen, dass das Land OÖ den jährlichen Finanzbedarf zum Haushaltsausgleich 2010 auf 64,2 Mio. Euro reduziert.

- 22.3. *Der Finanzreferent gab anlässlich der Schlussbesprechung bekannt, dass die RL-Entnahmen zum Haushaltsausgleich, wie 2007 eingeleitet, in Schritten bis 2013 auf Null gestellt werden sollen und das Budget 2013 ohne RL-Entnahme erstellt werden soll.*

Haushaltsrücklage

- 23.1. Die großteils 2002 aus Darlehens- und Vermögensverkäufen gebildete Haushalts-RL wurde in den letzten Jahren abgebaut. Auch 2007 verminderte sich diese geldmäßig gedeckte Rücklage von 217,5 Mio. Euro auf 160,4 Mio. Euro. Der Rückgang um 57,1 Mio. Euro resultierte aus einer RL-Entnahme zum Haushaltsausgleich von 65,3 Mio. Euro und einer RL-Zuführung von 8,2 Mio. Euro aus Bedarfszuweisungen der Gemeinden. Diese RL-Zuführung betraf erste Rückzahlungen des Gemeindereferats für eine in früheren Jahren gewährte innere Anleihe.⁷

Von der Haushalts-RL waren 65 Mio. Euro durch erworbene Genussrechte an der Beteiligungs- und Wohnanlagen GmbH & Co OEG gebunden.⁸ Die restlichen 95,4 Mio. Euro trugen zum positiven Geldbestand in der Landeskasse bei.

- 23.2. Der LRH stellte fest, dass das Land alle kurzfristig verfügbaren Mittel aus der Haushalts-RL zur Sicherstellung der Liquidität verwendete und dadurch eine Ist-Verschuldung durch Darlehensaufnahmen vermied. In der Zukunft kann das Land durch die Veräußerung langfristiger Vermögenswerte wie zB Verkauf von Anteilen der Energie AG zwar kurzfristig wieder Rücklagen aufbauen, auf Dauer sind jedoch diese Möglichkeiten zum Verkauf weiteren Vermögens sehr eingeschränkt. Außerdem ist dadurch das strukturelle Haushaltsproblem von zu hohen Ausgaben bei zu niedrigen Einnahmen nicht zu lösen. Nach Ansicht des LRH muss das Land strukturell im Pflicht- und Ermessensbereich mehr sparen und die Einnahmemöglichkeiten voll ausschöpfen, wenn es in der Zukunft ohne Verbrauch von Finanzvermögen und ohne Aufnahme von Finanzschulden auskommen will.

Rücklage zur Übertragung von Ausgabekrediten

- 24.1. Unter bestimmten Voraussetzungen können nicht verbrauchte Voranschlagskredite mittels RL-Zuführung auf das Folgejahr übertragen werden. Aus dieser Mittelübertragung war zu Jahresbeginn 2007 ein buchmäßiger RL-Betrag von 262,7 Mio. Euro verfügbar. Davon wurden 6,1 Mio. Euro eingespart und 256,6 Mio. Euro zur Bedeckung von Ausgaben freigegeben, die bereits im Vorjahr geplant, aber erst 2007 realisiert wurden.⁹

So wie in den Vorjahren verfügten die Mittelbewirtschafter auch am Jahresende 2007 über nicht ausgeschöpfte Haushaltskredite, deren Bedarf aber weiter gegeben war. Diese Beträge von zusammen etwa 268,4 Mio. Euro wurden auf das Folgejahr vorgetragen. Die dadurch entstandene buchmäßige Rücklage war zum Stichtag 31.12. teilweise durch Geldmittel von 38,3 Mio. Euro aus dem Ist-Überschuss der Haushaltsrechnung gedeckt.

- 24.2. Der LRH stellte fest, dass die RL zur Übertragung von Ausgabekrediten bis 2006 jährlich abgebaut und 2007 erstmals wieder erhöht wurde. Die im Vergleich zum Vorjahr realisierte Aufstockung um 5,7 Mio. Euro war durch Mittelreservierungen im Bereich

7 Diese Rücklagenzuführung aus Bedarfszuweisungen korrespondiert mit der gleich hohen Verrechnungsdarstellung unter 2/912005/8200 und 1/940908/7297/002 und /012.

8 Weitere langfristig veranlagte 15 Mio. Euro zählen nicht zur allgemeinen Haushaltsrücklage, sondern zu den (zweck-)gebundenen Rücklagen. Diese sind in Form von Hypo-Hybridkapital für Pensionen aus öffentlich-rechtlichem Dienstverhältnis veranlagt. Beim Hypo-Hybridkapital handelt es sich um nicht-kumulative Vorzugszertifikate mit unendlicher Laufzeit. Emittent des Wertpapiers mit einer Netto-Rendite von 7,25 % ist eine 100 % Tochtergesellschaft der Oö. Landesbank AG.

9 Von den 262,7 Mio. Euro sind 256,6 Mio. Euro als RL-Entnahme unter VSt. 2/912008/2980/001 und 6,1 Mio. Euro als „Abfallstellung von übertragenen Mitteln“ unter 2/912008/2980/002 dargestellt.

der Beteiligungen möglich. Hinsichtlich des eingesparten bzw. „zum Abfall gestellten“ RL-Betrages von 6,1 Mio. Euro merkte der LRH an, dass diese einmalige Einnahme der Haushaltsrechnung 2007 zugute kam.

Schulden

Nach der VRV sind Schulden der öffentlichen Hand in Finanzschulden und Verwaltungsschulden zu gliedern:

Finanzschulden

- 25.1. Bei Finanzschulden handelt es sich in Anlehnung an § 65 des Bundeshaushaltsgesetzes im Wesentlichen um Geldverbindlichkeiten, die zur Verschaffung von Deckungsmitteln für den eigenen Haushalt aufgenommen werden oder um außergewöhnliche Finanzierungserleichterungen, bei denen die Zahlung um mehr als 10 Jahre hinausgeschoben wird.

Der RA des Landes OÖ weist seit dem Jahr 2002 keine Ist-Finanzschulden auf. Der im RA 2007 aufscheinende Soll-Schuldenstand von 421,8 Mio. Euro ist eine buchmäßige Größe aus dem Haushaltsausgleich früherer Jahre und stellt eine Ermächtigung zur Aufnahme von Darlehen dar. Diese Darlehen müssen erst aufgenommen werden, wenn dies die Liquiditätssituation des Landes erfordert.

- 25.2. Der LRH stellte fest, dass das Land OÖ seit Jahren bemüht war, im Landeshaushalt keine Finanzschulden aufzunehmen. Es wurden aber Investitionen verstärkt in Beteiligungsunternehmen fremd finanziert oder über andere Rechtsträger realisiert. Zur Rückzahlung solcher Finanzierungen leistet das Land entsprechende Zuschüsse oder Entgelte, die mit dem jeweiligen Rechtsträger vertraglich auf unterschiedliche Weise vereinbart werden. Solche Zahlungsverpflichtungen stellen im RA des Landes haushaltsrechtlich einen Teil der noch nicht fälligen Verwaltungsschulden dar. Der LRH fasste diese wesentlichen finanziellen Verpflichtungen aus „ausgelagerten“ Investitionsfinanzierungen seit 2006 wie folgt zusammen:¹⁰

| in Mio. Euro | 2006 | 2007 | Diff. 06/07 |
|---|--------------|--------------|---------------|
| Darlehen der Ordenskrankenhäuser | 196,0 | 229,0 | +33,0 |
| Anleihen der gespag | 60,0 | 120,0 | +60,0 |
| Fremdmittelaufnahme der LIG | 8,2 | 40,2 | +32,0 |
| Zwischenfinanzierung der TIG | 0 | 14,5 | +14,5 |
| Fremdmittelaufnahme der MTG | 0 | 36,4 | +36,4 |
| Private Vorfinanzierungen im Straßenbau | 105,1 | 112,5 | +7,4 |
| LDZ – Mietverpflichtungen innerhalb des Kündigungsverzichts | 118,3 | 114,6 | -3,7 |
| Summe | 487,6 | 667,2 | +179,6 |

¹⁰ Die zusammenfassende Darstellung bezieht sich auf die wesentlichen Finanzierungen von Großinvestitionen des Landes, soweit sie im RA abzubilden sind. Diese Zusammenstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Die Summe dieser Verbindlichkeiten stieg im Jahresvergleich 2006/07 um mehr als ein Drittel. Die daraus resultierenden Zahlungen werden mit Ausnahme der Mietverpflichtungen für das LDZ erst in der Zukunft den Landeshaushalt erheblich belasten. Wie der LRH bereits im Vorjahr anmerkte, sollte das Land mit weiteren Mehrjahresverpflichtungen für Großinvestitionen möglichst zurückhaltend sein. Dies vor allem deshalb, weil in den nächsten Jahren ohnehin zusätzliche Mittel für Großbauten wie zB Musiktheater und Straßenbahn „Harter Plateau“ bereit zu stellen sind. Außerdem werden die Rückzahlungen der Darlehen für Ordenskrankenhäuser einsetzen.

Nach Ansicht des LRH müsste das Land bei gleichbleibendem Mittelverbrauch in den kommenden Jahren selbst Finanzschulden aufnehmen, wenn es nicht gelingt das strukturelle Haushaltsproblem zu lösen. Deshalb ist es wichtig, dass das Land die mittelfristige Finanzplanung entsprechend einhält.

Noch nicht fällige Verwaltungsschulden

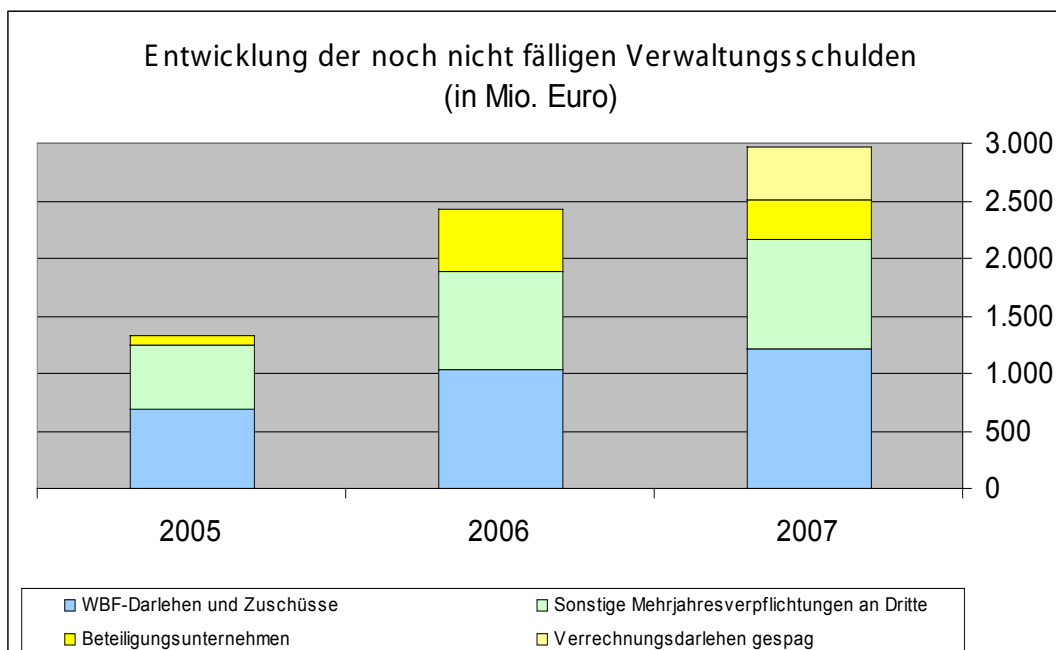
26.1. Die noch nicht fälligen Verwaltungsschulden umfassen Verbindlichkeiten des Landes, deren Rechtsgültigkeit und Höhe zwar feststeht, deren Fälligkeit am Ende des Finanzjahres aber noch nicht eingetreten ist. Bei diesen rechtsverbindlichen Verpflichtungen handelt es sich grundsätzlich um Mehrjahresverpflichtungen, die vom Oö. Landtag beschlossen wurden. Nicht alle Vorbelastungen führen zwangsläufig zu einer Budgetausweitung in den kommenden Jahren. Sie sind von ihrer Fälligkeit und ihrem wirtschaftlichen Gehalt sehr unterschiedlich und betreffen zB

- vertragliche Mittelzusicherungen für künftige Investitionen,
- verpflichtende Finanzierungsbeiträge für bereits realisierte Investitionen und laufende Zuschüsse für private und öffentliche Rechtsträger sowie für Beteiligungsunternehmen des Landes,
- Verpflichtungen aus Verrechnungsdarstellungen, denen gleich hohe Forderungen gegenüberstehen und die zu keiner Belastung des Landeshaushaltes führen (Darlehensdarstellung Betriebsabgang gespag).

All diese unterschiedlichen Verpflichtungen sind nach der VRV in Form einer Bestandsrechnung im Nachweis über noch nicht fällige Verwaltungsschulden darzustellen.

26.2. Der LRH stellte fest, dass der Nachweis über die noch nicht fälligen Verwaltungsschulden den haushaltsrechtlichen Vorgaben entsprach. Er meinte aber, dass er derzeit nur wenig Aufschluss über die Fälligkeitszeitpunkte und über die Art und Qualität der Zahlungsverpflichtungen gibt. Der LRH regte daher an, dass die Landesbuchhaltung von den Bewirtschaftern detaillierte Informationen über die Fälligkeitszeitpunkte sowie über die Art und Qualität der Zahlungsverpflichtungen einfordern sollte. Die bisherigen Bewirtschaftermeldungen sollten in dieser Hinsicht für interne Zwecke konkretisiert und standardisiert werden.

27.1. Zum Ende des Finanzjahres 2007 ergaben sich noch nicht fällige Verwaltungsschulden von insgesamt 2.972 Mio. Euro. Dieser Stand war um 549 Mio. Euro höher als im Vorjahr. Die Entwicklung stellte sich folgendermaßen dar:



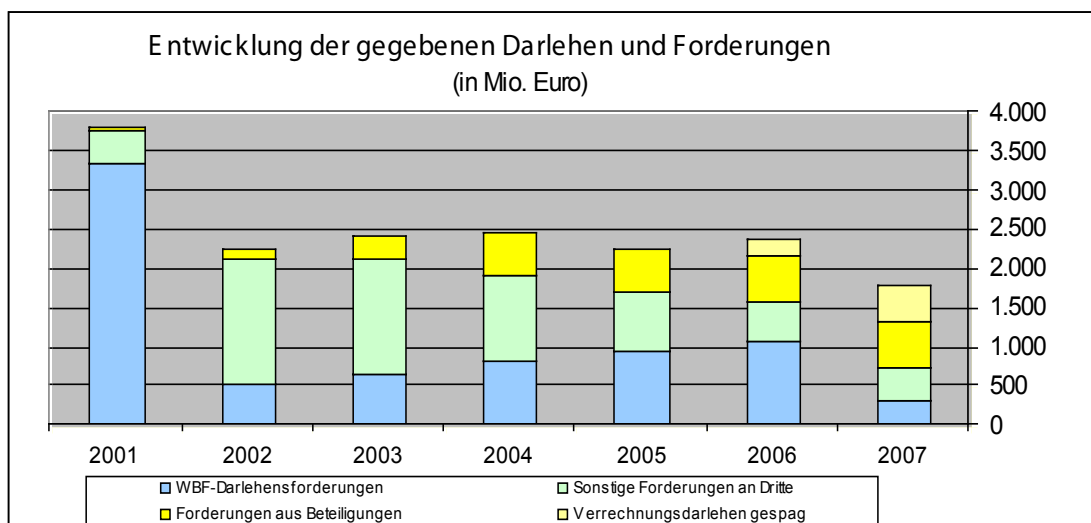
27.2. Die Hauptgründe für die Erhöhung der noch nicht fälligen Verwaltungsschulden im Jahresvergleich 2006/07 waren nach Ansicht des LRH folgende:

- Zinsen- und Annuitätenzuschüsse (+167,3 Mio. Euro) sowie zugesicherte Förderungsdarlehen (+20,2 Mio. Euro) im Rahmen der Wohnbauförderung
- Mehrjahresverpflichtungen an Dritte bei den Ordenskrankenhäusern (+33,0 Mio. Euro), im Hochwasserschutz (+49,6 Mio. Euro) sowie zum Umbau und zur Erweiterung des Ars Electronica Centers (+8,1 Mio. Euro)
- Zahlungsverpflichtungen für Fremdfinanzierungen der Beteiligungsunternehmen des Landes wie gespag, LIG, MTG, Fachhochschulen und TIG (+159,9 Mio. Euro)

Der LRH stellte fest, dass sich der Stand an noch nicht fälligen Verwaltungsschulden seit 2005 mehr als verdoppelte. Die Aussagekraft des Gesamtstandes ist aber insofern einzuschränken, als manchen Verbindlichkeiten gleich hohe Forderungen gegenüberstehen wie zB bei den Verpflichtungen gegenüber der gespag aus der Darlehensdarstellung des Betriebsabganges und des Trägerselbstbehaltes (471,8 Mio. Euro) sowie bei Verpflichtungen aus Schulbaumaßnahmen (9,8 Mio. Euro). Dennoch ist auch ohne diese Positionen eine deutliche Steigerung bei den noch nicht fälligen Verwaltungsschulden erkennbar, die von den künftigen Landesbudgets zu verkraften ist.

Darlehen und noch nicht fällige Verwaltungsforderungen

28.1. Die gegebenen Darlehen und Forderungen waren in den letzten Jahren tendenziell rückläufig. Sie lagen 2007 bei 1.789 Mio. Euro und verringerten sich gegenüber 2006 um 585,3 Mio. Euro. Die mehrjährige Entwicklung ergab folgendes Bild:



28.2. Wie der LRH feststellte, war der Stand an gegebenen Darlehen und Forderungen im Jahr 2007 der niedrigste seit dem Jahr 2001. Mit 1.789 Mio. Euro lag er bereits um 1.183,1 Mio. Euro unter dem Stand der noch nicht fälligen Verwaltungsschulden. Ausschlaggebend für die Veränderung 2006/07 waren vor allem Abgänge bei Wohnbaudarlehen (-775,5 Mio. Euro) und beim Betriebsmittelvorschuss der gespag (-73,8 Mio. Euro). Der Betriebsmittelvorschuss der gespag wird ab RA 2007 nur mehr unter den Vorschüssen, nicht aber in den noch nicht fälligen Verwaltungsforderungen ausgewiesen. Bedeutende Zugänge resultierten aus Darlehen an Beteiligungsunternehmen (+253,1 Mio. Euro).

Für den LRH steht fest, dass etliche Darlehensforderungen kaum einbringlich sind bzw. die Rückzahlung entsprechende Finanzierungshilfen des Landes erfordern würde. Dies trifft beispielsweise auf einige Investitionsdarlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Wasser- und Abwasserbereich sowie auf manche Gesellschafterdarlehen an Beteiligungsunternehmen zu.

Einlösung von Wohnbaudarlehen durch die Landesholding

29.1. Der Rückgang der Wohnbauförderungsdarlehen ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass Darlehensforderungen mit einem Nominalwert von 888,5 Mio. Euro per 28.12.2007 durch die Landesholding eingelöst wurden. Das heißt, dass die Tilgungen und Zinsen aus diesen WBf-Darlehen mit einer Laufzeit bis maximal 2070 in Zukunft an die Landesholding fließen werden. Die Landesholding zahlte dafür dem Land den errechneten Barwert der Rückflüsse von 510,4 Mio. Euro. Die Laho finanzierte diese Zahlung mittels Bankdarlehen, das sie aus den regulären Annuitäten der WBf-Darlehen zurückzahlen wird.

29.2. Der LRH stellte fest, dass durch die Einlösung der WBf-Darlehen im Landeshaushalt die erforderliche Liquidität geschaffen wurde, um den Kredit für die Zwischenfinanzierung des Energie AG-Anteilrückkaufs (354,7 Mio. Euro) rechtzeitig vor Jahresende zurück zu zahlen und den Finanzbedarf zum Haushaltsausgleich teilweise zu bedecken. Er hielt auch fest, dass durch dieses Geschäft künftig im Landeshaushalt Einnahmen aus WBf-Darlehensrückzahlungen wegfallen werden. Immerhin handelt es sich da-

bei nominell um insgesamt 1.163,2 Mio. Euro, die großteils verteilt auf die nächsten 25 Jahren fehlen werden. Als Alternative zum gewählten Vermögensverkauf hätte das Land Fremdmittel aufnehmen müssen, was zu Zinszahlungen und zusätzlicher Haushaltsbelastung geführt hätte.

Verwahrgelder und Vorschüsse

- 30.1. Der Nachweis über die Verwahrgelder wies zum 31.12.2007 einen Stand von 426,4 Mio. Euro aus (Vorjahr: 426,2 Mio. Euro). Neben den Ist-Rücklagen von 242,2 Mio. Euro waren großteils von WBF-Darlehensnehmern im Voraus gezahlte Annuitäten von 90,7 Mio. Euro und sonstige passive Rechnungsabgrenzungen enthalten. Der Stand der Vorschüsse betrug 134,7 Mio. Euro (Vorjahr: 138,4 Mio. Euro). Die größten Positionen davon waren der Betriebsmittelvorschuss an die gespag (73,8 Mio. Euro) und die aktiven Rechnungsabgrenzungen.
- 30.2. Der LRH stellte in den Verwahrgeldern und Vorschüssen keine Beträge fest, die hauswirtschaftswirksam zu erfassen gewesen wären.

Wertpapiere

- 31.1. Das Nominale der Wertpapiere erhöhte sich von 83,6 Mio. Euro auf 94,5 Mio. Euro. Von den Wertpapieren für die Rücklage für Pensionen der Gemeindebediensteten liefen 2 Mio. Euro aus und 13 Mio. Euro wurden neu zugekauft. Von den Wertpapieren der allgemeinen Geldbestände wurden 0,1 Mio. Euro fällig. Die Wertpapiere zur Bedeckung der Rücklage für Pensionen aus öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen (15 Mio. Euro Hypo-Hybridkapital) und zur teilweisen Bedeckung der Haushaltsrücklage (65 Mio. Euro WAG-Genussrechte) blieben unverändert.
- 31.2. Nach Ansicht des LRH sind die Wertpapiere im Nachweis korrekt und vollständig dargestellt.

Haftungen

- 32.1. Als Haftung ist lt. VRV das Entstehen für eine gesetzlich oder vertraglich begründete Verpflichtung zu verstehen. Bei den summenmäßig erfassten Haftungen erhöhten sich 2007 die bewilligten Haftungsrahmen um 215,5 Mio. Euro auf 995,5 Mio. Euro. Die tatsächlich ausgenutzten Rahmen stiegen dabei um 188,2 Mio. Euro auf 521,6 Mio. Euro.
- Als betragsmäßig nicht bewertete Haftungen sind im Nachweis die Ausfallsbürgschaften für die gespag und die Oö. Landesbank vermerkt. Ebenfalls verbal angeführt wurde die Patronatserklärung des Landes für die Oö. Landesholding GmbH. Diese stammt aus der Darlehensfinanzierung eingelöster WBF-Darlehen durch die Laho.
- 32.2. Nach Ansicht des LRH sind die Haftungen im Nachweis korrekt und vollständig dargestellt. Der betragsmäßig starke Anstieg war vor allem auf Haftungsübernahmen für Verbindlichkeiten von Beteiligungsunternehmen und Ordenskrankenhäusern sowie für den Wohnbaubereich zurückzuführen.

Der LRH unterstützte die Absicht der Direktion Finanzen, den Haftungsnachweis bei der Erstellung des RA 2008 neu zu strukturieren.

Beteiligungen

- 33.1. Wie bereits im Vorjahr wurden im Beteiligungsnachweis die Entwicklung der Anschaffungskosten und des Nominales der direkten Landesbeteiligungen an der Energie AG und der OÖ Landesholding GmbH dargestellt. Darüber hinaus sind freiwillig auch die direkten Beteiligungen der Landesholding und der darunter liegenden Branchenholdings aufgelistet.
- 33.2. Nach Ansicht des LRH entspricht der Beteiligungsnachweis den Erfordernissen der VRV. Weitergehende Informationen sind den Konzernabschlüssen der Energie AG und der OÖ Landesholding GmbH zu entnehmen.

Energie AG Oberösterreich

- 34.1. Im Jahr 2007 betraf der Zugang bei den Anschaffungskosten von 354,7 Mio. Euro die Zahlung für den Rückkauf der Anteile von den Energieallianzpartnern - der entsprechende Zugang im Nominale von 11,2 Mio. Euro wurde auf Basis des Kaufvertrags vom 24.4.2006 bereits im RA 2006 dargestellt.
Der Zugang 2007 im Nominale von 18,8 Mio. Euro resultierte aus einer Kapitalberichtigung aus Gesellschaftsmitteln, womit keine Anschaffungskosten verbunden waren.
Gleichzeitig mit der Kapitalberichtigung beschloss die Hauptversammlung, stimmrechtslose Vorzugsaktien mit einem Nominale von 0,4 Mio. Euro unentgeltlich an die Gesellschaft zur Realisierung eines Mitarbeiterbeteiligungsmodells zu übertragen. Diese Übertragung ist im Beteiligungsnachweis beim Nominale als Abgang gezeigt.
Für das Geschäftsjahr 2006/07 schüttete die Energie AG eine erhöhte Dividende von 35,6 Mio. Euro (Vorjahr: 16,0 Mio. Euro) an das Land OÖ aus. Diese Dividende wurde insbesondere deswegen gewährt, um damit die unterjährige Zwischenfinanzierung des Anteilsrückkaufs abzudecken. Der dafür aufgenommene Kredit wurde am 28.12.2007 mit den Mitteln, die von der Landesholding für die Einlösung der Wohnbauförderungsdarlehen gezahlt wurden, getilgt.
- 34.2. Nach Ansicht des LRH konnten für die Zwischenfinanzierung günstige Konditionen erzielt werden. Die für die Fremdfinanzierung aufgelaufenen Zinsen von 13,1 Mio. Euro wurden aus der im Vergleich zu den Vorjahren deutlich höheren Dividende bedeckt.

OÖ Landesholding GmbH und indirekte Beteiligungen des Landes

- 35.1. Anschaffungskosten und Nominale der OÖ Landesholding GmbH blieben im Jahr 2007 unverändert. Sie zahlte 2007 eine Dividende von 3,1 Mio. Euro, die sich aus der durchgeschleusten Ausschüttung der Oö. Landesbank, des Flughafens und des Steuervorteils aus der Gruppenbesteuerung ergab.
- 35.2. Der LRH stellte folgende wesentliche Punkte bzw. Veränderungen bei Gesellschaften der Landesholding Firmengruppe fest:

- Im Geschäftsjahr wurde die **OÖ Thermen-Immobilien GmbH** als 100%ige Tochtergesellschaft der Thermenholding GmbH zum Zwecke der Errichtung von Immobilien für die Thermengesellschaften des Landes gegründet. Das Stammkapital wurde unmittelbar von der Thermenholding aufgebracht.
- Ebenso wurde die **Tiefgarage Bad Ischl GmbH** im Jahr 2007 ins Firmenbuch eingetragen. Sie wurde als Tochtergesellschaft der Thermenholding (89,3 %) in den Nachweis aufgenommen.
- Die Landesholding veräußerte ihre **Anteile an der GWCL**. Den dabei entstandenen Veräußerungsverlust finanzierte das Land durch einen Gesellschafterzuschuss von 10,4 Mio. Euro.
- Weitere wesentliche **Gesellschafterzuschüsse** wurden an die Dachstein Tourismus AG entsprechend der Finanzierungsvereinbarung (7,7 Mio. Euro), an die Traunseetouristik GmbH Nfg & Co KG (1,1 Mio. Euro), an die Tassilo Kurbetriebe Bad Hall GmbH Nfg. & Co KG (0,7 Mio. Euro) und die Kaiser Therme Bad Ischl GmbH Nfg. & Co KG (0,3 Mio. Euro) geleistet.
- Hinsichtlich des Darlehens an die gespag für den Trägerselbstbehalt (39 Mio. Euro) verweist der LRH auf seine Ausführungen unter Punkt 6 des Berichtes.

OÖ Gesundheits- und Spitals-AG

Landesbeitrag zur Abgangsdeckung

- 36.1. Die Oö. Gesundheits- und Spitals-AG (gespag) ist als Tochtergesellschaft der OÖ Landesholding GmbH ein „Enkelunternehmen“ des Landes, in der die 11 oö. Landeskrankenhäuser und damit mehr als die Hälfte der oö. Fondskrankenanstalten zusammengefasst sind.
- Gemäß § 75 Oö. KAG ist das Land verpflichtet, Beiträge zur Deckung des Betriebsabgangs der Krankenanstalten zu leisten. Sie umfassen im Wesentlichen den nach Einnahmen-/Ausgabengesichtspunkten ermittelten Betriebsabgang sowie Finanzierungsbeiträge für Ersatzinvestitionen.
- 36.2. Die Prüfung des LRH ergab eine vollständige Erfassung der Landesmittel im Jahresabschluss der gespag. Die zeitlichen Buchungsdifferenzen aufgrund der zeitverzögerten Endabrechnung und der unterschiedlichen Rechnungslegungssysteme des Landes und der Gesellschaft konnten nachvollzogen werden.
- 37.1. Im Jahresabschluss der gespag sind diese Landesmittel zur Betriebsabgangsdeckung (2006: 197,7 Mio. Euro ohne Trägerselbstbehalt; 2007: 210,6 Mio. Euro) neben den übrigen Leistungserlösen (2006: 320,5 Mio. Euro; 2007: 336,2 Mio. Euro) im Posten Umsatzerlös dargestellt. Argumentiert wird der Ausweis der Abgangsdeckung im Umsatzerlös damit, dass diese ua. auf Basis von Leistungseinheiten (Pflegetagen) gewährt wird.
- 37.2. Für den LRH war die grundsätzliche Verbuchung der Abgangsdeckung im Umsatz nachvollziehbar. Nach Meinung des LRH verzerrt jedoch die Erfassung der Finanzierungsbeiträge für Ersatzinvestitionen in diesem Posten des gespag-Jahresabschlusses

die Aussage der Gewinn- und Verlustrechnung. Es wird nämlich der gesamte Ertrag bereits im Jahr der Anschaffung gebucht, der zugehörige Aufwand aus der Abschreibung des Anlagevermögens aber erst in den Folgejahren berücksichtigt. Das heißt, dass das Ergebnis der gespag in dieser Hinsicht nicht periodengerecht dargestellt wird. Daher empfahl der LRH der gespag, Ersatzinvestitionen wie Großinvestitionen zu verbuchen. Dies bedeutet einen Ausweis der Landesbeiträge im Sonderposten für Investitionszuschüsse und eine jährliche Auflösung dieser Zuschüsse analog zur Abschreibung. Aus Vergleichbarkeitsgründen wäre aus Sicht des LRH eine derartige Verbuchung bei allen Trägern anzustreben. Die Berechnungsmodalitäten für die Landesbeiträge werden von einer geänderten Darstellung im Jahresabschluss nicht berührt.

- 38.1. In den Jahren 2006 und 2007 wurden die Landesmittel zur Abgangsfinanzierung nicht als Zuschüsse, sondern als Darlehen an die gespag überwiesen und im Rechnungsabschluss des Landes auch so ausgewiesen (siehe Pkt. 6 des Berichtes).

In den Büchern der Gesellschaft wurden diese Darlehen spiegelbildlich als Verbindlichkeit erfasst. Gleichzeitig buchte die gespag Forderungen aus dem Titel der Abgangsdeckung ein, die sie aus dem Oö. KAG und der Finanzierungsvereinbarung mit dem Land ableitete. Somit konnte sie die Abgangsfinanzierung weiterhin in den Umsatzerlösen zeigen. Forderungen und Verbindlichkeiten wurden auf Basis einer Aufrechnungserklärung (abgeschlossen zwischen Land und gespag) in der Bilanz der Gesellschaft saldiert und im Anhang erläutert.

- 38.2. Für den LRH war die Darstellung im Jahresabschluss der gespag schlüssig. Hinsichtlich der Darstellung im Rechnungsabschluss des Landes verweist der LRH auf seine Anmerkungen unter Pkt. 27.2. des Berichtes.

Nach Meinung des LRH ist eine gleiche rechtliche Interpretation von Sachverhalten und eine vollständige, spiegelbildliche Erfassung von Rechtsgeschäften zwischen dem Land und landesnahen Gesellschaften in deren Abschlüssen sicherzustellen, soweit es nach den jeweiligen Rechnungslegungsvorschriften erforderlich ist. Um dies zu gewährleisten, empfahl der LRH, insbesondere mit diesen Gesellschaften die Salden und Zahlungsströme bereits im Zuge der Abschlusserstellungsarbeiten abzustimmen.

Fremdkapitalaufnahmen

- 39.1. Laut mittelfristiger Finanzplanung der gespag wird sich der Stand der Fremdfinanzierungen von 135,9 Mio. Euro im Jahr 2007 auf 364,2 Mio. Euro zum Ende der Planungsperiode 2012 erhöhen. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass sowohl Ersatz- als auch Großinvestitionen in zunehmend geringerem Ausmaß mit Landesmitteln finanziert werden. Daher musste die gespag in den Jahren 2006 und 2007 zwei Anleihen in Höhe von je 60 Mio. Euro begeben. Diese sind jeweils in 20 Jahren endfällig zu tilgen, bei einer dieser Anleihen besteht die Option einer vorzeitigen Rückzahlung.
- 39.2. Der Aufnahme von endfälligem Fremdkapital steht der LRH kritisch gegenüber. Diese Finanzierungsform sollte nur in begründeten Ausnahmefällen gewählt werden. Ziel sollte aus Sicht des LRH sein, dass Investitionen während deren Nutzungsdauer ausfinanziert werden. Dies gilt unabhängig davon, ob das Fremdkapital vom Land selbst oder in vom Land finanzierten Gesellschaften aufgenommen wird. Der LRH empfahl daher der gespag gemeinsam mit dem Land, mittelfristig ein Tilgungsszenario für die Rückzahlung des Fremdkapitals der Gesellschaft festzulegen.

Umsetzung von Empfehlungen aus der Prüfung des RA 2006

Der Ausschuss für Finanzen des Oö. Landtags behandelte in seiner Sitzung am 21.6.2007 den Bericht des LRH über die Initiativprüfung „Rechnungsabschluss 2006 des Landes OÖ“ (Zl. LRH-100.003/166-2007-Mü). Dabei stellte der Ausschuss fest, dass vier Punkte als Beanstandungen und Verbesserungsvorschläge im Sinne des § 9 Abs. 2 des Oö. LRHG zu betrachten sind. Der LRH setzte sich in den Punkten 40 bis 43 mit der Umsetzung dieser Empfehlungen auseinander. Unter der Kennzeichnung 1 der genannten Punkte ist der Inhalt der Empfehlungen entsprechend dem beschlussmäßigen Auftrag des Ausschusses für Finanzen wiedergegeben. Unter der Kennzeichnung 2 beurteilte der LRH den Stand der Umsetzung der jeweiligen Empfehlung.

Finanzierungsdarstellung gespag

- 40.1. Änderung der Finanzierungsdarstellung des Betriebsabganges und des Trägerselbstbehaltes der gespag von Landesdarlehen auf Landeszuschüsse (siehe Pkt. 6.2. des Berichtes zum RA 2006; Umsetzung ab VA 2008).
- 40.2. Wie der LRH bereits unter Pkt. 6 dieses Berichtes ausführte, stellte das Land aus Maastricht-Gründen die Zahlungen des Landes für den Betriebsabgang und den Trägerselbstbehalt der gespag in der Haushaltsrechnung 2006 und 2007 nicht als Zuschüsse sondern als Darlehen dar. Entsprechend der Empfehlung des LRH wurden diese Beträge im VA 2008 wieder als verlorene Zuschüsse veranschlagt. Der Landesbeitrag für den Betriebsabgang der gespag ist unter VSt. 1/557908/7660 präliminiert. Der Zuschuss für den Trägerselbstbehalt scheint als kapitalerhaltende Maßnahme unter VSt. 1/914002/0800/001 auf. Von der Darstellung als Darlehen wurde somit Abstand genommen.

Vollständig umgesetzt

Darstellung des Landesvermögens

- 41.1. Entwicklung einer Darstellung des Landesvermögens in einer Beilage zum RA des Landes (siehe Pkt. 33.2. des Berichtes zum RA 2006; Umsetzung mittelfristig)
- 41.2. Dem Rechnungsabschluss 2007 liegt noch keine Vermögensdarstellung bei. Die Direktion Finanzen arbeitet aber bereits an einer Darstellung des Landesvermögens inklusive der Beteiligungsunternehmen. Über den aktuellen Stand dieser Vermögensdarstellung, die mittelfristig zu entwickeln ist, wird der Finanzreferent im Zuge der Behandlung des Rechnungsabschlusses 2007 im Ausschuss für Finanzen informieren.

In Umsetzung

Weiterführung des Projektes „Flexibilisierungsklausel und Globalbudget“

- 42.1. Weiterführung des WOV-Leitprojektes „Flexibilisierungsklausel und Globalbudget“ unter verstärkter Einbindung der Politik. Für den beabsichtigten Übergang von der Input-

zur Outputsteuerung sollten die Leistungsvereinbarungen zwischen den politischen Referenten und den Führungskräften der Verwaltung als Grundlage dienen. Zur Weiterentwicklung der Flexibilisierungsklausel in der gesamten Landesverwaltung sollten entsprechende Impulse der Politik für ein ziel- und wirkungsorientiertes Produktgruppenbudget anstelle des herkömmlichen inputorientierten Budgets gesetzt werden. (siehe Pkt. 32.2. des Berichtes zum RA 2006; Umsetzung ab sofort)

- 42.2. Die Pilotprojekte zur Erprobung der Flexibilisierungsklausel wurden bis 2007 im Bericht des Ausschusses für Finanzen zum jährlichen Voranschlag des Landes OÖ erwähnt. Mit VA 2008 wurden diese Bestimmungen erstmals in den Beschluss des

Oö. Landtags zum Voranschlag integriert und als verbindlich verankert (siehe Artikel I. Z. 12). Nach Ansicht des LRH wird seitens der Politik in den Folgejahren zu entscheiden sein, ob und inwieweit die Ergebnisse aus den bisherigen Pilotprojekten in der gesamten Landesverwaltung umgesetzt werden. Dabei werden nach Ansicht des LRH auch die Entwicklungen des Bundeshaushaltsrechtes zu berücksichtigen sein.

In Umsetzung

Definition des Vermögensbegriffes

- 43.1. Klare Definition des Vermögensbegriffes in den VA-Bestimmungen betreffend Verkauf von Landesvermögen. Die VA-Bestimmungen sollten klarstellen, dass die Ermächtigung zum Verkauf innerhalb bestimmter Wertgrenzen nicht nur bewegliches und unbewegliches Anlagevermögen, sondern auch immaterielles Vermögen umfasst. (siehe Pkt. 34.2. des Berichtes zum RA 2006; Umsetzung ab VA 2008)
- 43.2. Die Voranschlagsbestimmungen zum VA 2008 wurden im Artikel 3 Ziffer 3 und Artikel 4 Ziffer 3 dahingehend konkretisiert, dass sie auch den Verkauf von immateriellem Vermögen innerhalb der vorgesehenen Wertgrenzen umfassen.

Vollständig umgesetzt

4 Anlagen

2 Beilagen

Linz, am 10. Juni 2008

Dr. Helmut Brückner

Direktor des Oö. Landesrechnungshofes

Pflicht- und Ermessensausgaben

| Ggr. | Pflichtausgaben (Mio. Euro) | 2005 | 2006 | 2007 | Veränderung 2006/2007 |
|------|--|----------------|----------------|----------------|-----------------------|
| 0 | Leistungen für Personal | 996,9 | 1.024,3 | 1.051,3 | 27,0 |
| 1 | Amtssachausgaben | 32,7 | 32,6 | 35,8 | 3,2 |
| 2 | Anlagen | 134,8 | 105,1 | 471,9 | 366,8 |
| 4 | Förderungsausgaben, laufende Gebarung | 680,2 | 738,6 | 731,9 | -6,6 |
| 6 | Förderungsausgaben, Vermögensgebarung | 165,0 | 383,7 | 387,5 | 3,8 |
| 8 | Sonstige Sachausgaben, Pflichtausgaben, übertragene Mittel auf das Folgejahr | 1.673,8 | 1.537,0 | 1.631,4 | 94,4 |
| | Summe | 3.683,3 | 3.821,3 | 4.309,9 | 488,7 |
| | Ermessensausgaben (Mio. Euro) | | | | |
| 3 | Anlagen | 0,3 | 0,4 | 0,2 | -0,2 |
| 5 | Förderungsausgaben, laufende Gebarung | 418,2 | 378,0 | 409,5 | 31,5 |
| 7 | Förderungsausgaben, Vermögensgebarung | 14,6 | 8,1 | 11,4 | 3,4 |
| 9 | Sonstige Sachausgaben | 15,9 | 18,7 | 21,5 | 2,8 |
| | Summe | 449,1 | 405,2 | 442,6 | 37,4 |
| | Gesamtausgaben | 4.132,4 | 4.226,5 | 4.752,6 | 526,1 |

Die Pflichtausgaben erhöhten sich um insgesamt 488,7 Mio. Euro, was hauptsächlich auf den Rückkauf von Aktien der Energie AG (354,7 Mio. Euro) zurückzuführen war. Die Pflichtausgaben im Bereich "Sonstige Sachausgaben" stiegen in erster Linie aufgrund der Maßnahmen der Behindertenhilfe und der allgemeinen Sozialhilfe (allgemeine öffentliche Wohlfahrt), der Landesbeiträge zur Deckung der Betriebsabgänge von Krankenanstalten anderer Rechtsträger, der Zinsaufwendungen des Landes sowie der Rücklagenzuführungen.

Die Ausgabenerhöhung im Ermessensbereich von insgesamt 37,4 Mio. Euro zeigte sich im Wesentlichen bei der allgemeinen öffentlichen und der freien Wohlfahrt sowie bei gesetzlich nicht verpflichtenden Beiträgen zur Deckung der Betriebsabgänge von Krankenanstalten anderer Rechtsträger.

Ausgabenverteilung nach Referaten 2007

| Referat | Gesamtausgaben (Mio. Euro) | | Anteil am Gesamtbudget | Pflichtausgaben (Ggr. 0,1,2,4,6,8) | | Anteil am Ref.-budget | Ermessensausgaben (Ggr. 3,5,7,9) | | Anteil am Ref.-budget |
|--------------------------------------|----------------------------|----------------|------------------------|------------------------------------|----------------|-----------------------|----------------------------------|--------------|-----------------------|
| | VA | RA | | VA | RA | | VA | RA | |
| 11 Erste Landtagspräsidentin Orthner | 8,4 | 7,4 | 0,2% | 8,4 | 7,4 | 99,7% | 0,0 | 0,0 | 0,3% |
| 21 LH Dr. Pühringer* | 1.624,1 | 1.896,0 | 36,9% | 1.541,8 | 1.810,9 | 94,9% | 82,3 | 85,0 | 5,1% |
| 31 LH-Stv. Hiesl | 846,3 | 869,4 | 19,2% | 804,1 | 827,4 | 95,0% | 42,3 | 42,0 | 5,0% |
| 32 LH-Stv. Dipl.-Ing. Haider | 99,2 | 106,0 | 2,3% | 77,2 | 81,8 | 77,8% | 22,0 | 24,2 | 22,2% |
| 41 Landesrat Sigl | 221,8 | 221,6 | 5,0% | 128,0 | 135,0 | 57,7% | 93,8 | 86,7 | 42,3% |
| 42 Landesrat Dr. Stockinger | 219,7 | 245,1 | 5,0% | 185,8 | 210,4 | 84,6% | 33,9 | 34,8 | 15,4% |
| 43 Landesrat Dr. Kepplinger | 303,0 | 302,4 | 6,9% | 297,7 | 299,6 | 98,3% | 5,3 | 2,8 | 1,7% |
| 44 Landesrat Ackerl | 494,6 | 517,7 | 11,2% | 416,2 | 432,8 | 84,1% | 78,4 | 84,9 | 15,9% |
| 45 Landesrätin Dr. Stöger | 537,2 | 535,5 | 12,2% | 497,5 | 493,7 | 92,6% | 39,7 | 41,8 | 7,4% |
| 46 Landesrat Anschöber | 49,3 | 51,4 | 1,1% | 11,3 | 11,0 | 23,0% | 38,0 | 40,5 | 77,0% |
| Summe | 4.403,6 | 4.752,6 | 100,0% | 3.968,0 | 4.309,9 | 90,1% | 435,6 | 442,6 | 9,9% |

* Im Ressort sind die großteils vom Bund refundierten Ausgaben für Landeslehrer und diverse ressortübergreifende Finanztransaktionen wie zB Rücklagenzuführungen enthalten.

Rechnungsquerschnitt

2005 - 2007

| Teil 1 | | Laufende Gebarung | | | | |
|-----------|---|---------------------|----------------|----------------|--------------|--------------|
| KZ | Bezeichnung | 2005 | 2006 | 2007 | Veränderung | |
| | | Summe o. und ao. H. | | | 06/07 | |
| | | in Mio. Euro | | | in % | |
| | Einnahmen der laufenden Gebarung | | | | | |
| 10 | Eigene Steuern | 28,9 | 28,5 | 18,2 | -10,3 | -36,1% |
| 11 | Ertragsanteile | 1.359,8 | 1.402,6 | 1.506,9 | 104,3 | 7,4% |
| 12 | Einnahmen aus Leistungen | 82,0 | 67,8 | 80,2 | 12,4 | 18,2% |
| 13 | Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit | 39,7 | 48,8 | 66,1 | 17,3 | 35,4% |
| 14 | Lfd. Transferzahlungen von Trägern des öffentl. Rechts | 1.775,5 | 1.861,7 | 1.946,5 | 84,8 | 4,6% |
| 15 | Sonstige laufende Transfereinnahmen | 138,7 | 150,5 | 158,7 | 8,2 | 5,4% |
| 16 | Einnahmen aus Veräußerung und sonstige Einnahmen | 54,8 | 70,8 | 62,5 | -8,3 | -11,8% |
| 19 | Summe 1: laufende Einnahmen | 3.479,5 | 3.630,9 | 3.839,1 | 208,2 | 5,7% |
| | Ausgaben der laufenden Gebarung | | | | | |
| 20 | Leistungen für Personal | 996,9 | 1.024,3 | 1.051,3 | 27,0 | 2,6% |
| 21 | Pensionen und sonstige Ruhebezüge | 399,2 | 411,4 | 420,5 | 9,1 | 2,2% |
| 22 | Bezüge der gewählten Organe | 13,4 | 13,4 | 13,7 | 0,3 | 2,5% |
| 23 | Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren | 46,0 | 50,1 | 49,5 | -0,6 | -1,2% |
| 24 | Verwaltungs- und Betriebsaufwand | 416,8 | 433,7 | 460,2 | 26,5 | 6,1% |
| 25 | Zinsen für Finanzschulden | 0,3 | 0,5 | 13,7 | 13,2 | 2690,2% |
| 26 | Lfd. Transferzahlungen an Träger des öffentl. Rechts | 282,2 | 258,6 | 245,9 | -12,7 | -4,9% |
| 27 | Sonstige laufende Transferzahlungen | 1.012,0 | 906,9 | 987,4 | 80,5 | 8,9% |
| 29 | Summe 2: laufende Ausgaben | 3.166,8 | 3.098,8 | 3.242,2 | 143,4 | 4,6% |
| 91 | Saldo 1: Ergebnis der laufenden Gebarung <i>Summe 1 minus Summe 2</i> | 312,7 | 532,1 | 596,9 | 64,8 | 12,2% |

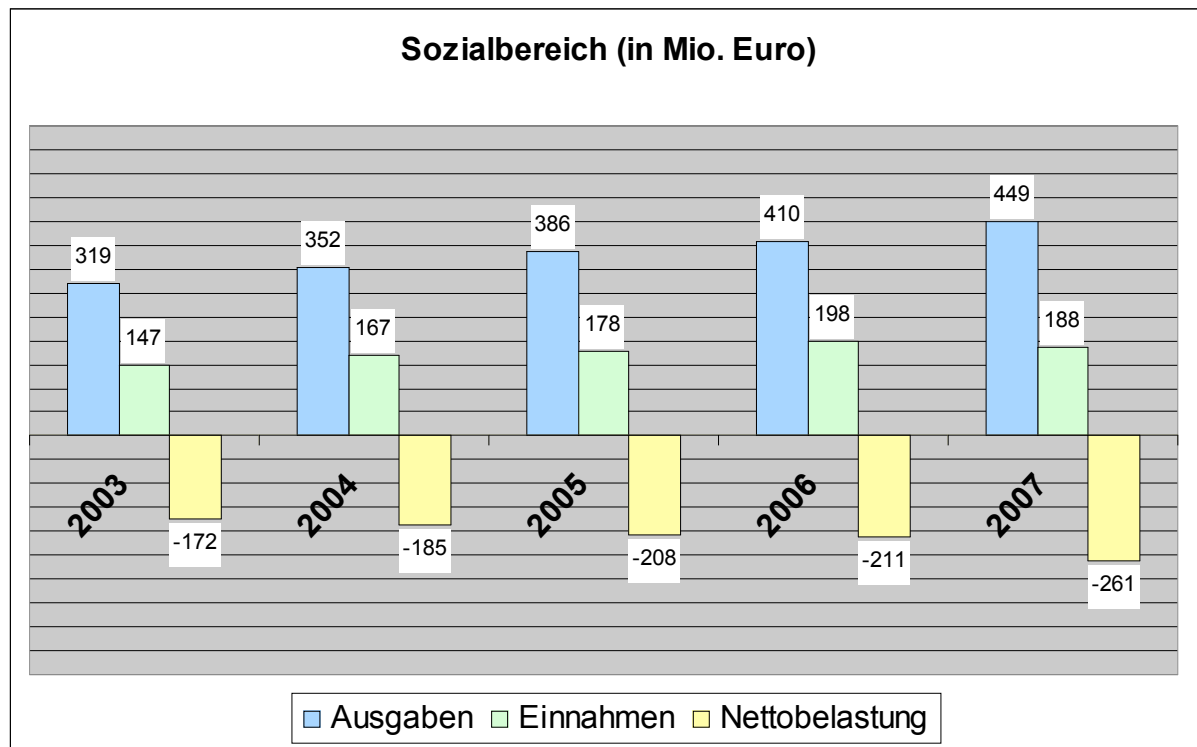
| Teil 2 | | Vermögensgebarung | | | | |
|-----------|---|---------------------|---------------|---------------|--------------|--------------|
| KZ | Bezeichnung | 2005 | 2006 | 2007 | Veränderung | |
| | | Summe o. und ao. H. | | | 06/07 | |
| | | in Mio. Euro | | | in % | |
| | Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen | | | | | |
| 30 | Veräußerung von unbeweglichem Vermögen | 13,1 | 10,3 | 2,8 | -7,5 | -72,5% |
| 31 | Veräußerung von beweglichem Vermögen | 0,5 | 0,8 | 0,6 | -0,1 | -18,5% |
| 32 | Veräußerung von aktivierungsfähigen Rechten | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0% |
| 34 | Kapitaltransferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts | 24,9 | 22,0 | 26,9 | 5,0 | 22,6% |
| 35 | Sonstige Kapitaltransfereinnahmen | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,0 | 30,7% |
| 39 | Summe 3: Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen | 38,5 | 33,1 | 30,5 | -2,6 | -7,9% |
| | Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen | | | | | |
| 40 | Erwerb von unbeweglichem Vermögen | 66,5 | 70,3 | 71,4 | 1,1 | 1,5% |
| 41 | Erwerb von beweglichem Vermögen | 20,9 | 20,9 | 19,6 | -1,3 | -6,3% |
| 42 | Erwerb von aktivierungsfähigen Rechten | 1,0 | 2,2 | 1,2 | -1,0 | -45,0% |
| 44 | Kapitaltransferzahlungen an öffentliche Rechtsträger | 201,7 | 222,3 | 216,8 | -5,5 | -2,5% |
| 45 | Sonstige Kapitaltransferausgaben | 158,8 | 127,9 | 119,4 | -8,5 | -6,7% |
| 49 | Summe 4: Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen | 448,9 | 443,6 | 428,4 | -15,2 | -3,4% |
| 92 | Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen <i>Summe 3 minus Summe 4</i> | -410,4 | -410,5 | -397,9 | 12,6 | -3,1% |
| | Saldo 1 + Saldo 2 | -97,7 | 121,5 | 199,0 | 77,4 | 63,7% |

| KZ | Bezeichnung | 2005 | 2006 | 2007 | Veränderung | |
|--|--|---------------------|---------------|----------------|--------------|--------------|
| | | Summe o. und ao. H. | | | 06/07 | |
| | | in Mio. Euro | | | in % | |
| Einnahmen aus Finanztransaktionen | | | | | | |
| 50 | Veräußerung von Beteiligungen und Wertpapieren | 2,8 | 0,1 | 0,0 | -0,1 | -100,0% |
| 51 | Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben des Landes | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0% |
| 52 | Entnahmen aus Rücklagen | 572,2 | 526,0 | 345,9 | -180,1 | -34,2% |
| 53,54 | Einnahmen aus Rückzahlungen von Darlehen von Trägern des öffentlichen Rechts und sonstige Unternehmungen und Haushalte | 39,4 | 36,4 | 537,1 | 500,6 | 1374,2% |
| 55 | Aufnahmen von Finanzschulden bei Trägern des öffentlichen Rechts | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0% |
| 56 | Aufnahme von sonstigen Finanzschulden | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0% |
| 57 | Einnahmen aus Rücklagen von Haftungsinanspruchnahmen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0% |
| 58 | Aufnahme von sonstigen Schulden | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0% |
| 59 | Summe 5: Einnahmen aus Finanztransaktionen | 614,4 | 562,5 | 883,0 | 320,5 | 57,0% |
| Ausgaben aus Finanztransaktionen | | | | | | |
| 60 | Erwerb von Beteiligungen und Wertpapieren | 46,6 | 12,1 | 379,9 | 367,8 | 3035,1% |
| 61 | Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben des Landes und dem Land | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0% |
| 62 | Zuführung an Rücklagen | 288,4 | 278,5 | 301,0 | 22,5 | 8,1% |
| 63 | Gewährung von Darlehen an Träger des öffentlichen Rechts | 16,7 | 11,1 | 12,8 | 1,7 | 15,1% |
| 64 | Gewährung von Darlehen an sonstige Unternehmungen und Haushalte | 164,9 | 382,3 | 388,2 | 5,9 | 1,6% |
| 65,66 | Rückzahlung von Finanzschulden bei Trägern des öffentlichen Rechts und sonstigen Unternehmungen und Haushalten | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0% |
| 67 | Ausgaben aus der Inanspruchnahme aus Finanzhaftungen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0% |
| 68 | Rückzahlungen von sonstigen Schulden | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0% |
| 69 | Summe 6: Ausgaben aus Finanztransaktionen | 516,7 | 684,1 | 1.081,9 | 397,9 | 58,2% |
| 93 | Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen Summe 5 minus Summe 6 | 97,7 | -121,5 | -198,9 | -77,4 | 63,7% |
| 94 | Saldo 4: Jahresüberschuß (+) / Jahresfehlbetrag (-) | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0% |

| Übersicht Gesamthaushalt | | | | | | |
|---------------------------------|--|---------|---------|---------|--|--|
| 80 | Einnahmen der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung <i>Summe 1, 3 und 5</i> | 4.132,4 | 4.226,5 | 4.752,6 | | |
| 81 | Sonstige Einnahmen des Gesamthaushaltes: Abwicklung Soll-Überschüsse Vorjahre, Abwicklung Soll-Abgang laufendes Jahr | 0,0 | 0,0 | 0,0 | | |
| 79 | Summe 7 (Gesamteinnahmen) | 4.132,4 | 4.226,5 | 4.752,6 | | |
| 82 | Ausgaben der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung <i>Summe 2, 4 und 6</i> | 4.132,4 | 4.226,5 | 4.752,6 | | |
| 83 | Sonstige Ausgaben des Gesamthaushaltes: Abwicklung Soll-Abgänge Vorjahre, Abwicklung Soll-Überschüsse laufendes Jahr | 0,0 | 0,0 | 0,0 | | |
| 89 | Summe 8 (Gesamtausgaben) | 4.132,4 | 4.226,5 | 4.752,6 | | |
| 99 | Administratives Jahresergebnis <i>Summe 7 minus Summe 8</i> | 0,0 | 0,0 | 0,0 | | |

Sozialbereich – öffentliche und freie Wohlfahrt

Die Einnahmen und Ausgaben der allgemeinen öffentlichen Wohlfahrt und der freien Wohlfahrt (Abschnitt 41 und 42) zeigten in den Jahren 2003 bis 2007 folgende Entwicklung:



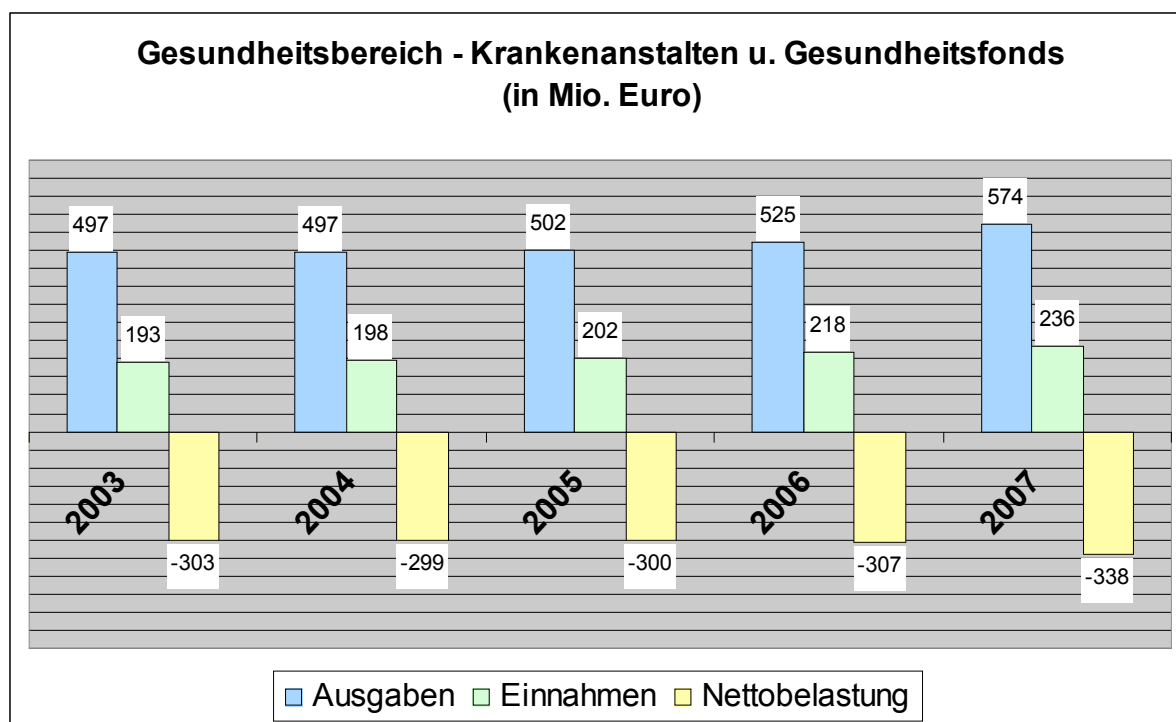
Die öffentliche Wohlfahrt (Abschnitt 41) umfasst vor allem Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe (UA 411) und Maßnahmen der Behindertenhilfe (UA 413). Die freie Wohlfahrt (Abschnitt 42) betrifft primär die Flüchtlingshilfe (UA 426) und sonstige Einrichtungen und Maßnahmen (UA 429). Die Nettobelastung des Landeshaushaltes durch die öffentliche und freie Wohlfahrt stieg seit 2003 von 172,4 Mio. Euro auf 261,1 Mio. Euro im Jahr 2007 (+51,4 %).

Bei der **allgemeinen öffentlichen Wohlfahrt** (Abschnitt 41) stiegen die Ausgaben in den Jahren 2003 bis 2007 um 32,6 % von 296,6 Mio. Euro auf 393,3 Mio. Euro. Die jährlichen Mehrausgaben bei den **Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe** (UA 411) betragen zwischen 59,2 Mio. Euro und 80,9 Mio. Euro bei gleichbleibenden Einnahmen. Die Ausgaben wuchsen im Jahresvergleich 2006/07 um 15,9 Mio. Euro bzw. 13,7 % auf 132,1 Mio. Euro. Diese Steigerung ergab sich bei Mobilien Diensten (+2 Mio. Euro), Unterbringung nach dem Sozialhilfegesetz (+9,1 Mio. Euro) und bei der Hauskrankenpflege (+3,5 Mio. Euro). Die Ausgaben für **Maßnahmen der Behindertenhilfe** (UA 413) stiegen in den Jahren 2003 bis 2007 um 39,1 % von 141,3 Mio. Euro auf 196,6 Mio. Euro, die Einnahmen um 10,5 %. Im Jahresvergleich 2006/07 erhöhten sich die Ausgaben um 20,2 Mio. Euro bzw. 11,5 % auf 196,6 Mio. Euro. Der Bereich Geschützte Arbeit stieg um 35,7 % auf 14 Mio. Euro, die Bereiche Beschäftigung und Wohnen jeweils um 10 % auf 43,9 Mio. bzw. 79,6 Mio. Euro.

Bei der **freien Wohlfahrt** (Abschnitt 42) wuchsen die Ausgaben im Zeitraum 2003 bis 2007 um 43,7 % von 22,7 Mio. Euro auf 55,3 Mio. Euro. Die Ausgaben der **Flüchtlingshilfe** (UA 426) stiegen bis 2006 von 5,4 Mio. Euro auf 34,6 Mio. Euro. 2007 gingen sie um 2,1 Mio. Euro auf 32,3 Mio. Euro zurück. Die Ausgaben im Bereich **Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen** (UA 429) erhöhten sich seit 2003 von 16,5 auf 21,9 Mio. Euro.

Gesundheitsbereich – Krankenanstalten und Gesundheitsfonds

Die Einnahmen und Ausgaben für eigene Krankenanstalten, Krankenanstalten anderer Rechtsträger und den Oö. Gesundheitsfonds zeigten in den Jahren 2003 bis 2007 folgende Entwicklung:



Die Nettobelastung des Landeshaushaltes durch die Krankenanstalten und den Gesundheitsfonds stieg seit 2003 um 11,5 % von 303 Mio. Euro auf 338 Mio. Euro. Nachstehende Tabelle stellt das Ausgabenwachstum im Zeitraum 2003 bis 2007 in Mio. Euro dar:

| Betriebsabgangsdeckung | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | Gesamt |
|----------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| gespag | 186,2 | 181,4 | 183,8 | 191,4 | 207,3 | 950,2 |
| Orden | 147,2 | 164,0 | 189,7 | 191,0 | 209,5 | 901,4 |
| AKH | 48,6 | 53,1 | 51,0 | 59,3 | 67,2 | 279,2 |
| | 382,1 | 398,5 | 424,6 | 441,8 | 484,0 | |
| Trägerselbstbehalt gespag | 37,1 | 33,6 | 35,6 | 36,7 | 39,0 | 182,0 |
| | | | | | | |
| Investitionen | | | | | | |
| gespag | 30,0 | 20,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 40,0 |
| Orden | 4,1 | 1,5 | 2,9 | 4,2 | 7,5 | 20,1 |
| AKH | 6,8 | 8,2 | 0,2 | 1,0 | 2,2 | 18,3 |
| | 40,9 | 29,6 | 3,1 | 5,2 | 9,6 | |
| | | | | | | |
| Oö. Gesundheitsfonds | 36,7 | 35,0 | 39,0 | 41,4 | 41,4 | 193,5 |
| | | | | | | |
| Gesamtausgaben | 496,7 | 496,8 | 502,2 | 525,1 | 574,0 | |

Die Gesamtausgaben der Krankenhäuser stiegen in den Jahren 2003 bis 2007 um 15,6 % von 496,7 Mio. Euro auf 574 Mio. Euro. Die Betriebsabgangsdeckung wuchs um 26,7 % von 382,1 Mio. Euro auf 484 Mio. Euro an. Der Trägerselbstbehalt für die gespag erhöhte sich geringfügig. Die Landesbeiträge für Investitionen gingen von 40,9 Mio. Euro auf 9,6 Mio. Euro zurück. Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass Investitionen bei der gespag und bei den Ordenskrankenhäusern fremdfinanziert wurden (siehe Pkt. 25.2. des Berichtes). Die Beiträge für den Oö. Gesundheitsfonds stiegen um 15,6 % von 36,7 Mio. Euro auf 41,4 Mio. Euro.

AKTENVERMERK

Gegenstand: Schlussbesprechung über die Initiativprüfung betreffend den Rechnungsabschluss des Landes OÖ für das Verwaltungsjahr 2007

Aktenzahl: LRH-100003/183-2008-Mü

Ort und Datum: 4020 Linz, Promenade 31, am 2.6.2008

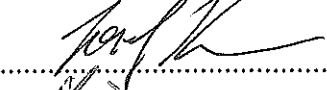
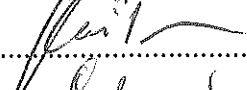
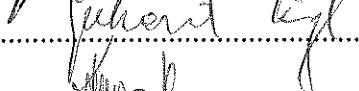
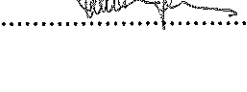
Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Landesfinanzdirektor Dr. Josef Krenner, Direktion Finanzen
OAR Friedrich Hintenaus, Direktion Finanzen
OAR Gerhard Nigl, Direktion Finanzen
OAR Johannes Kriegner, Direktion Finanzen, Landesbuchhaltung

Mitglieder des LRH: Martin Mühlbachler MBA (Prüfungsleiter)
Pauline Gmeiner
Daniela Grillberger
Mag. Liselotte Wallentin

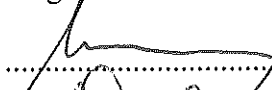

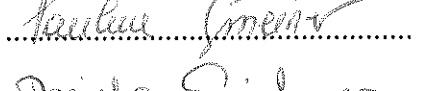

Den oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist das vorläufige Ergebnis der Initiativprüfung in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden.

Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle und mit Kursivdruck). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer behalten sich die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG vor.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:


.....

.....

.....

.....
.....
.....

Mitglieder des LRH:


.....

.....

.....

.....

AKTENVERMERK

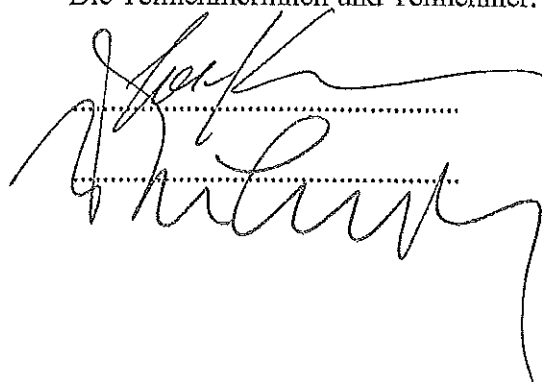
Gegenstand: Schlussbesprechung über die Initiativprüfung betreffend den Rechnungsabschluss des Landes OÖ für das Verwaltungsjahr 2007
Aktenzahl: LRH-100003/186-2008-Mü
Ort und Datum: 4021 Linz, Klosterstraße 7, am 5.6.2008
Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer
Landesfinanzdirektor Dr. Josef Krenner, Direktion Finanzen
Mitglieder des LRH: Direktor Dr. Helmut Brückner
Martin Mühlbacher MBA (Prüfungsleiter)

Den oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist das vorläufige Ergebnis der Initiativprüfung in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden.

Über den Inhalt des vorgetragenen Ergebnisses konnte inklusive der während der Schlussbesprechung vorgenommenen Änderungen übereinstimmende Auffassung erzielt werden. Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle und mit Kursivdruck).

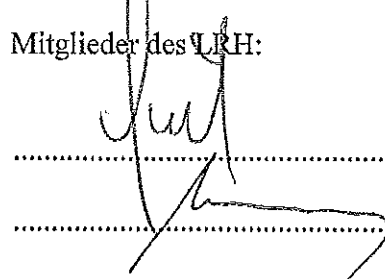
Die oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzichten auf die gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zum vorläufigen Ergebnis.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:



Two handwritten signatures are present under the label 'Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:'. The first signature is in cursive and appears to be 'Josef Pühringer'. The second signature is also in cursive and appears to be 'Josef Krenner'. Below each signature are two horizontal dotted lines.

Mitglieder des LRH:



A handwritten signature is present under the label 'Mitglieder des LRH:'. The signature is in cursive and appears to be 'Helmut Brückner'. Below the signature are two horizontal dotted lines.